

## **„RATIONELLE BEBAUUNGSWEISEN“ UND DAS SEMINAR FÜR WOHNUNGSBAU UND SIEDLUNGSWESEN AUF DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE BERLIN**

VON PROFESSOR BRUNO TAUT • 4 ABBILDUNGEN

Die „Internationalen Kongresse für neues Bauen“ haben bei Julius Hoffmann, Stuttgart, die Ergebnisse ihrer vorjährigen Brüsseler Verhandlungen unter dem Titel „rationelle bebauungsweisen“ herausgebracht\*). Es sind in diesem Buch eine große Zahl älterer und neuerer Pläne, unter den letzteren auch solche, die lediglich Projekt geblieben sind, mit Angabe der Kopfzahl je Hektar, der Prozentziffern u. dgl., versehen mit einigen kritischen Bemerkungen, zusammengefaßt. Dieses Abbildungsmaterial wird durch einige Aufsätze ergänzt, die sich im wesentlichen um die Frage des Hoch- oder Niedrigbauens drehen. Es ist natürlich, daß eine solche Zusammenstellung in einem Buche gar keinen anderen Charakter haben kann als den, den ersten Einblick in das eigentliche Problem zu gewähren, ja vielleicht auch nur anzudeuten, daß das Problem überhaupt ganz anderswo liegt, als man bisher glaubte. Schon insofern besteht nicht die geringste Übereinstimmung zwischen Titel und Inhalt.

Was an einer „Bebauungsweise“ rationell ist, kann aus den bloßen Zahlen auf Grund der wenigen Angaben ganz bestimmt nicht ermittelt werden; soviel ist mit dem Buch erwiesen, bei dem vielfach offensichtlich engere Bauweisen mit erheblich günstigeren Kopfzahlen je Hektar angegeben sind als weitläufigere, wie bei den Beispielen 48 und 56 das eine Mal die Freiflächen der Umgebung mit-, das andere Mal jedoch nur die Blöcke und ihre umgebenden Straßen eingerechnet worden sind, um eine sehr weite Randbebauung von 1838 gegenüber einem engen Zeilenbauprojekt von 1930 ins Hintertreffen zu bringen. Die Beurteilung verteilt die Prädikate „sehr gut“ bis „gut“ auf den streng nord-südlich gerichteten Zeilenbau, während die Abweichungen durchweg eine schlechte Zensur erhalten. Eine solche Zusammenstellung von Bebauungsplänen ist im höchsten Maße bedenklich, da sie die Vielseitigkeit, den Reichtum der in jedem Falle vorliegenden Faktoren außer acht läßt. Am Ende einer solchen Behandlung des Themas Bebauungsplan steht das akademische Schema oder Ideal, das im 19. Jahrhundert im Stern- und Rechtecksystem lag und im 20. Jahrhundert nach der Meinung der maßgeblichen Verfasser im Rost des Zeilenbaues liegen soll. Wie jenes Stern- und Rechtecksystem, so soll die parallele Linierung von Norden nach Süden der Erdoberfläche ohne Rücksicht auf Berg und Tal, Fluß und Wald, Moor und Fels aufgepreßt werden.

Daß hier eine starke formale Tendenz durchbricht, mag auf den besonderen französisch-schweizerischen Einfluß zurückzuführen sein, dem diese internationalen Kongresse unterliegen. Sie sind der Hof eines Königs, dessen Name Le Corbusier ist. Sein Formalismus hat jedoch, da er aus der französischen Eleganz geboren ist, nicht viel mit Zeilenbau zu tun und gar nichts mit der Schulmeisterei, zu der eben der Formalismus in Deutschland werden muß.

Die Architekten und Wissenschaftler, die heute im Städtebau den Stein der Weisen suchen, werden vielleicht einen Schritt weiter kommen, wenn sie sich die Betrachtungsweise zu eigen machen, deren Schöpfer vor 100 Jahren gestorben ist, nämlich Hegels Dialektik. Wie sich die von Hegel geschaffene Denkweise der Dialektik auf dem Gebiet der Formen auswirkt, ist vielleicht in den folgenden Sätzen Hegels besonders deutlich zu erkennen: „Die Knospe verschwindet in dem Hervorbrechen der Blüte, und man könnte sagen, daß jene von dieser widerlegt wird; ebenso wird durch die Frucht die Blüte für ein falsches Dasein der Pflanze erklärt, und als ihre Wahrheit tritt jene an die Stelle von dieser. Diese Formen unterscheiden sich nicht nur, sondern verdrängen sich auch als unerträglich miteinander. Aber ihre flüssige Natur macht sie zugleich zu Momenten der organischen Einheit, worin sie sich nicht nur widerstreiten, sondern eins so notwendig wie das andere ist; diese gleiche Notwendigkeit macht erst das Leben des Ganzen aus.“

Danach geht es z. B. schon nicht an, für zeitlich weit auseinanderliegende Pläne schematisch die gleichen Momente des Kriteriums zugrunde zu legen, wie z. B. bei 1838 und 1930, ebensowenig aber auch bei zeitlich wohl zusammenfallenden, dagegen räumlich, klimatisch, gesellschaftlich, soziologisch, hinsichtlich der Produktionsformen und aller anderen Voraussetzungen jedoch sehr weit voneinander entfernten. Wenn Hegel mit jenen Sätzen die sich widersprechende und aufhebende Formenabfolge als Zeichen einer Ganzheit in der Zeitfolge darstellt, so gilt dies auch für die Raumfolge. Es gilt aber nicht nur für räumlich getrennte und deswegen sich unterscheidende Dinge, sondern ebenso für die im einzelnen Objekt liegenden, auf Grund seiner Existenzvoraussetzungen nötigen Widersprüche und Gegensätze, die ihm erst den Charakter einer Lebenserscheinung verleihen. Und diese Dialektik beschränkt sich nicht allein auf die Gesamtheit z. B. eines Be-

\*), „rationelle bebauungsweisen“. Verlag J. Hoffmann, Stuttgart. Pr. 9,50 M

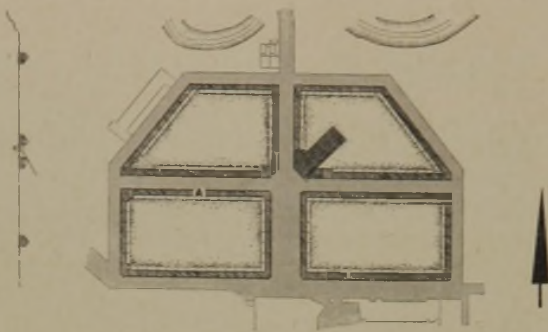
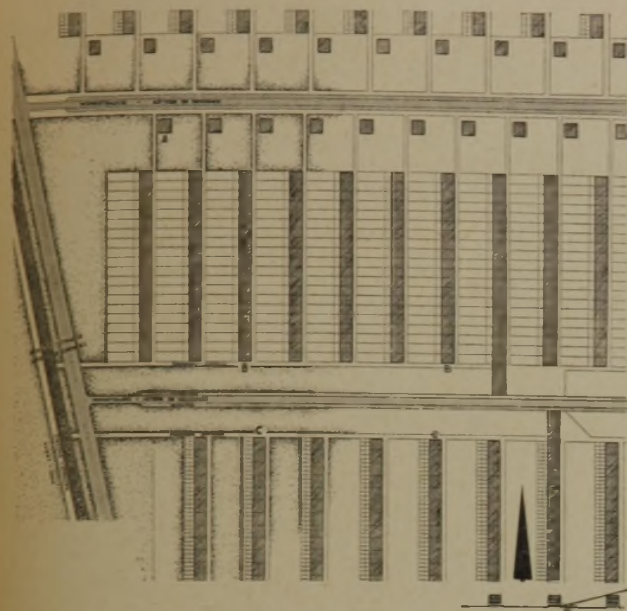
bauplanes, sie tritt schon in den einzelnen ihn bedingenden Voraussetzungen zutage. Wie ist es denn eigentlich mit der Sonne, die das A und O des Zeilenbaues zu sein schien? Ist die Sonne in Paris ebenso wichtig wie in Haselhorst, und kann nicht in Mailand der Schatten wichtiger werden als die Sonne in Haselhorst? Wieviel sonnige Stunden hat Haselhorst und wieviel Mailand im Jahr? Ist Regen und Wind in stark bewölkten Gegenden mit wenig Sonnenstunden nicht ebenso beachtenswert wie die Sonne? Sind unter Umständen nicht die absoluten Abstände zwischen den Zeilen wichtiger als alles andere usw. usw.? Die ganze Kette der allein in diesem Punkt auftauchenden Fragen stellt sich ebenso bei jedem anderen Punkt ein, mit dem Erfolg, daß die völlige Herauslösung eines einzelnen Punktes nicht mehr möglich ist.

Damit aber wird zugleich das Problem des Siedlungsplanes in seiner Gesamtheit deutlich gemacht. Die wissenschaftliche Untersuchung jedes einzelnen Elements, das als Voraussetzung zur Planung notwendig ist, soll nicht etwa mit geringerer Sorgfalt betrieben werden; im Gegenteil, die dialektisch kritische Methode hat nur dann Sinn, wenn sie auf möglichst präzisen Grundlagen der Teile und Teilgebiete beruht —, der Teilgebiete, weil in dieser Auffassung der Blick auf die Ganzheit, die Betrachtung des Lebensgebildes immer voranstehen muß. Mit der Verstreuung einzelner an und für sich und in Berücksichtigung der subjektiven Bedeutung der Autoren sicher sehr beachtenswerter Arbeiten über Detailfragen, wie sie das heutige technische Zeitschriftenwesen und auch dieses Buch zeigt, wird jedoch im allgemeinen das Gegenteil erreicht: aus dem Gesamtbild der Siedlung wird je nach der Vehemenz, mit der dieser oder jener Architekt von einer Seite aus auf die Sache losgeht, ein Zerrbild. So ist die Überbewertung des Zeilenbaues, die des Hochhauses im vorigen Jahre und jetzt nach Ablauf kaum eines Jahres die des reinen Flachbaues entstanden, so entstehen überhaupt keine anderen Dinge als Überbewertungen. Wie dies eintritt, zeigt das in der Arbeit von Gropius sich ankündende mystische Element, das in diesem Buche der „rationellen“ Bauweisen dialektisch besonders interessant ist; denn die Berufung auf das Psychologische als letzten entscheidenden Faktor ist ihrem Wesen nach bereits Mystik. In der Beweisführung zugunsten des Hochbaues wird dort die Abkürzung der Wege als ein wesentliches Moment betont, während auf der anderen Seite hervorgehoben wird, daß durch den Bau von Hochhäusern die Entfernungen zwischen den Häusern bedeutend größer, die Freiflächen also ebenfalls erheblich größer sein würden als bei den Bauten mit geringeren Stockwerkszahlen. Nach der zweiten Annahme soll also die Bebauungsdichte als solche nicht berührt werden; wenn man das aber annimmt, so können sich beim besten Willen nicht die Entfernungen für den Verkehr verringern. Sodann ist das Hochhaus für kleine Wohnungen, wie Gropius und ferner auch Kaufmann und Boehm mit Recht annehmen, nur unter der Annahme eines Außenganggrundrisses verwendbar. Dieser jedoch ist infolge der kalten und windigen Gänge, wenn sie keine kostspielige Verglasung erhalten, und wegen der soziologischen Nachteile mit dem normalen Zweispänner nicht zu vergleichen, ganz abgesehen davon, daß der völlige Fortfall von Keller und Boden bei einer größeren Zahl von Stockwerken ebenfalls den

Vergleich verhindert. Dazu kommt noch, daß bei Massenwohnungen mit Kindern die Fahrstühle eine ständige Bedienung benötigen und vieles dergleichen mehr, was jeden unmittelbaren Vergleich zwischen niedrig-, mittel- und hochgebauten Häusern völlig unmöglich macht. Wie sehr dies der Fall ist, ergibt sich aus der Arbeit von Boehm und Kaufmann „über die Gesamtbaukosten 2- bis 12stöckiger Bauweisen“. Die Verfasser betonen mit Recht, daß von 6 Stockwerken an, also da, wo die Aufzüge angelegt werden müssen, der Zweispännertyp nicht mehr in Betracht kommt, für den sie zwar einmal eine ganz geringe wirtschaftliche Überlegenheit, das andere Mal jedoch feststellen, daß „für Typen mit geringer Frontbreite die anteiligen Kosten der Treppenhäuser beim Zweispännertyp doch belastender wirken als die Summe der Kostenanteile der Außengänge und des Treppenhauses beim Außengangtyp“. Dazu ist die eigene Bemerkung der Verfasser hinsichtlich der Unmöglichkeit des unmittelbaren Vergleiches auch hier zu unterstreichen, insofern, als eben mit der Veränderung des Grundrisses auch ein unmittelbarer Vergleich der Kostenwerte ausgeschaltet ist. Was jedoch das reine Hochhaus des Außengangstyps angeht, so führt selbst der hier reichlich gewaltsam vorgenommene Vergleich der Baukosten die Verfasser zu dem Ergebnis, daß „die günstigsten Preise . . . . bei dem in Ziegelmauerwerk konstruierten, mit Ofenheizung ausgestatteten 5geschossigen Hause liegen“, und zwar unter Anrechnung sämtlicher Erstehungskosten, auch der Bauland- und Erschließungskosten, und daß „die Geschosshäufung keine wirtschaftlichen Vorteile zu bringen verspricht“. Sie schließen ihre Arbeit damit, daß über die Frage des Hochhausbaues „andere Gesichtspunkte als die wirtschaftlichen werden entscheidend sein müssen“. Die Arbeit von Neutra über „Hoch-, Mittel- und Flachbau unter amerikanischen Verhältnissen“ enthält schon mehr von einer dialektischen Fassung. Ausgezeichnet sind seine knappen Angaben über den Aufwand an Maschinerie im Wohnhochhaus und ihre infolge des Aufwandes notwendige Ausnutzung, und ebenso ausgezeichnet seine Bemerkungen über die Beziehungen zwischen Entfernungen und Verkehrsmittel, woraus hier als Probe folgende Sätze zitiert seien:

„Für Hoch- und Untergrundbahnen bedeutet die Zusammenschiebung der Wohnviertel, wie sie durch das vielgeschossige Wohnhaus dem Flachbau gegenüber möglich wird, Zeitgewinn. Für Straßenbahn, Autobus und Auto ist Straßenüberfülltheit ein größerer Zeitverlust als Entfernung. In der motorisierten Stadt ist die straßenreiche, sich ausdehnende Flachbauweise vorzuziehen und die Hochbauweise nur dann annehmbar, wenn sie an Straßenraum und Pflasterung nicht zu sparen versucht.

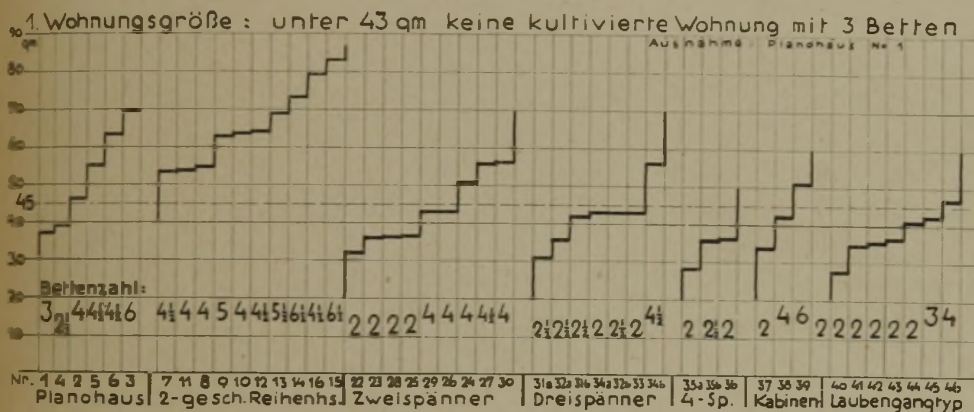
Los Angeles z. B. ist nicht nur eine sehr ausgedehnte Stadt (900 km<sup>2</sup>), sondern auch außerordentlich dezentralisiert. Die besten Warenhäuser, Hotels, Theater werden bis 12 km vom Stadtzentrum errichtet, sind dort mit dem Wagen ohne Beschwerde erreicht und bieten viel Platz zum Parken der Wagen. Distanz ist hier durchaus kein Zeitverlust. Auch der Verbrauch an Brennstoff des Explosionsmotors, die Abnutzung der Bremsen und der Maschine, ja auch der Nerven sind eher geringer, wenn eine stetige ununterbrochene, das gewonnene Geschwindigkeitsmoment ausnützende Bewegung auf verhältnismäßig freiem Straßenraum möglich ist.“ —



Belgien. Bois du Luc. M. 1 : 6000  
 Arbeitersiedlung. — Straßenland 24 v. H., Bauland  
 76 v. H., 93 Wohnungen je ha, 372 Personen je ha

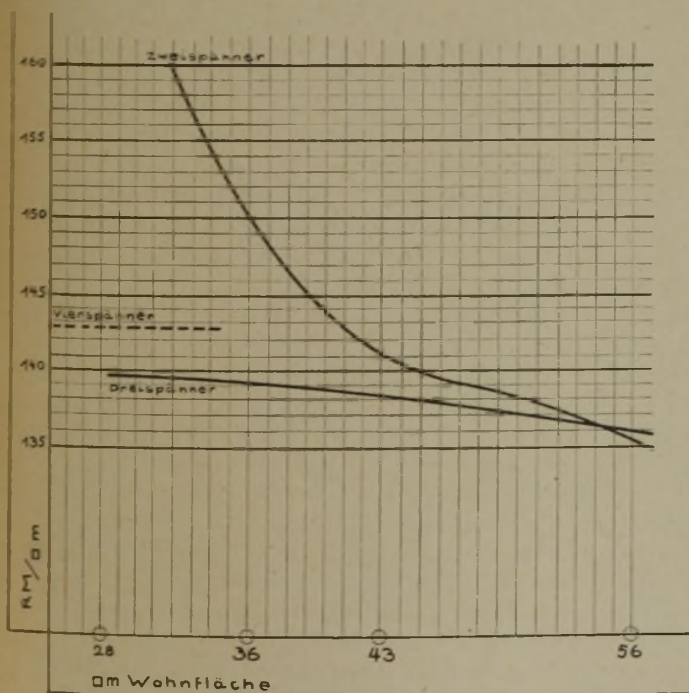
Links: Siedlung bei Berlin. Einfamilienwohnungen  
 Straßenland 4 v. H., Bauland 96 v. H., 11 Wohnungen  
 je ha, 40 Personen je ha

Aus: „rationelle bebauungsweisen“. Verlag J. Hoffmann,  
 Stuttgart. —



„rationelle be-  
 bauungsweisen“  
 und das Seminar  
 für Wohnungsbau  
 und Siedlungs-  
 wesen auf der  
 Technischen  
 Hochschule  
 Berlin

Vergleich der Wohnungsgrößen und der zulässigen Bettenzahl. Weder Küche noch Wohn-  
 zimmer sind zu Schlafzwecken benutzt. Aus: Seminar Prof. Taut



Vergleich der Baukosten je qm Wohnfläche, zwischen Zwei-,  
 Drei- und Vierspänner Aus: Seminar Prof. Taut

Gegenüber der Forderung nach Totalauf-  
 fassung im Siedlungswesen läßt sich der Einwand  
 erheben, daß sich dabei leicht eine Oberfläch-  
 lichkeit in den Detailfragen breitmachen könnte.  
 Die Widerlegung bieten schon die eben er-  
 wählten Arbeiten über Einzelfragen, die den  
 Geist des Ganzen atmen, einen Geist, den man  
 einen enzyklopädischen nennen könnte. Und  
 in der Tat muß dieses Gebiet, wenn es in seinen  
 Grundzügen weiter entwickelt werden soll, enzy-  
 klopädisch behandelt werden. Die Arbeiten  
 des von mir auf der Technischen Hochschule  
 geleiteten Seminars werden einem solchen Ge-  
 sichtspunkt unterstellt. Damit die Diskussion über  
 das hier Behauptete eine möglichst deutliche  
 Unterlage erhält, soll die Arbeitsweise des  
 Seminars etwas ausführlicher dargestellt werden:

Die wissenschaftliche Arbeitsweise muß sich,  
 auch wenn sie heute eine Veränderung erfährt,  
 im wesentlichen mit den Zwecken des Pädagogi-  
 schen, wie sie die Universitäten und Hoch-  
 schulen erfordern, decken. Vergleichsweise ge-  
 sprochen ergibt sich etwa folgendes: Wie das  
 Licht im Prisma, so zerlegt sich das Thema in  
 seine Gebiete. Je nach dem Schliff des Prismas  
 zerlegt sich das Licht in große grobe Abschnitte

(blau, rot, gelb), die mit stärker zunehmender Schärfe des Prismas immer weiter differenziert und verfeinert werden. Genau so muß es bei der Bearbeitung eines wissenschaftlichen Themas gehen. Wie im Wissenschaftlichen die immer zunehmende Spezialisierung zu einer solchen Arbeitsweise zwingt, so führt sie im Pädagogischen zum Arbeitsunterricht auf den Schulen und der Gruppenarbeit in den Seminaren und Laboratorien der Hochschulen und Universitäten.

In diesem Falle wird also im Laufe von zwei Semestern ein Thema bearbeitet, dessen Wahl wiederum eine logische Beziehung zwischen den Jahresthemen herstellt; das erste Jahr 1930/31 war mit der Untersuchung der Zelle der Siedlung, also der einzelnen Wohnung angefüllt, das zweite wird die Untersuchung der Gemeinschaftseinrichtungen und ihre Einwirkung auf die einzelne Wohnung ausfüllen, und das dritte die Synthese der bisher erarbeiteten Voraussetzungen, aus der wiederum neue Beziehungen innerhalb dieser Voraussetzungen selbst und neue Einwirkungen auf die Grundzelle sowohl wie auf die Gemeinschaftseinrichtungen erarbeitet werden. Dabei darf die thematische Fassung nicht allgemein bleiben; sie unterliegt einer ganz bestimmten und ganz klar präzisierten Aufgabe, nämlich im ersten Jahr der Frage nach der Grenze, bis zu der sich eine individuelle Wohnung verkleinern läßt, und in diesem Jahr nach der genauen Ermittlung der Differenz zwischen Einzelbetrieb und Sammelbetrieb.

Um die Arbeitsweise deutlicher darzustellen, sei auf das jetzt abgeschlossene Thema des ersten Jahres eingegangen, das so lautete: „Die kleinste Wohnung oder wo liegen die Grenzen der Wohnungsverkleinerung?“ Das Thema ist unter den etwa 30 Mitgliedern des Seminars im wesentlichen in vier großen Gruppen eingeteilt, von denen die eine das allgemeine Soziale, also das allgemein Volkswirtschaftliche und Soziologische der Sache bearbeitete, die andere die Frage des Grundrisses in seinen sämtlichen Abwandlungen, mit dem Effekt, daß etwa 700 Grundrisse verglichen und unter ihnen schließlich 46 auf genauere Vergleichswerte gebracht wurden. Die dritte Gruppe bearbeitete die Frage der Erschließung in ihren sämtlichen Erscheinungsformen, sowohl rein kostenmäßig wie auch in bezug auf die meteorologischen und sonstigen Voraussetzungen hin, nach der Seite des Flach- oder Hochbaues usw., wobei die Parzellensiedlung in Vorahnung der heute entstandenen Mode in Beispielen und Gegenbeispielen einen besonders weiten Abschnitt einnahm. Die vierte Gruppe befaßte sich ausschließlich mit Berechnungen der reinen Baukosten sowohl wie der Gesamtbaukosten, der Bewirtschaftungskosten und der Gesamtkosten, sie wurde unterstützt durch eine kleinere daran anschließende Gruppe über die verschiedenen Verfahren der Finanzierung und der Mietsberechnung und erhielt durch diese letzteren Arbeiten erst ihre Unterlagen für die endgültige Berechnung der Mieten der von ihnen im einzelnen untersuchten und durchgerechneten Häuser. Dabei wurden 26 Typen auf Grund der spezialisierten, in Einzelpositionen durchgearbeiteten Massenberechnungen und Kostenanschläge durchgearbeitet. Und aus der Gesamtheit der Resultate war es dann erst möglich, gewisse Beziehungen gesetzmäßiger Art festzustellen, die Fälle aufzuzeigen, in denen das Flachhaus dem Hochhaus überlegen ist (was bei vorsichtiger Berechnung der Baukosten hinsichtlich des Wohneffekts tatsächlich zutage trat), und schließlich zu

zeigen, daß die Technik als solche ganz bestimmte Forderungen stellt, die man objektive nennen kann, Forderungen also, die in der Praxis nicht ungestraft außer acht gelassen werden können. So zeigte sich z. B. mit überraschender zwangsmäßiger Klarheit, daß mit einer Wohnungsgröße von 54 qm der Zweispänner billiger als jeder andere Typ zu werden beginnt. Um jede Voreingenommenheit gegenüber dieser oder jener Lösung des Grundrisses oder sonstiger technischer Einzelheiten zu vermeiden, wurde ein logischer Aufbau jener Gruppen vorgenommen. Die Arbeit begann im wesentlichen mit der Gruppe des soziologischen Teils, deren Mitglieder teilweise in Wohnungsämtern arbeiteten, bei 160 Mietern alter und neuer Wohnungen Ermittlungen anstellten und eine große Zahl von Wohnungen besichtigten —, das alles zu dem Zweck, damit zunächst einmal Klarheit über die tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung geschaffen wurde und man in dem großen Trubel der Diskussionen zwischen Kabinentyp, Laubengangtyp und all dergleichen mehr einen einigermaßen sicheren Kompaß finden konnte.

Über den Verlauf des Ganzen ist kurz zu sagen, daß das erste Semester, also das längere des Winters, im wesentlichen mit dem Sammeln des Materials und seiner graphischen und literarischen Sondierung ausgefüllt war, das kürzere des Sommers dagegen mit dem Niederlegen des Materials in übersichtlichen Berichten und ebenso übersichtlichen graphischen Darstellungen, sei es tabellarischer oder auch architektonisch-technischer Art. So wurde das Material derart lange gefeilt, in gegenseitiger Diskussion hin und her gewälzt und überprüft, bis es schließlich zum Ende des Jahreskurses als ein abgeschlossenes Ganzes vorlag, an dem jedoch die persönliche Arbeit des Einzelnen keineswegs verlorengegangen ist, sondern im vollen Umfange bestehen bleibt. Man wird zunächst glauben, daß dieses Verfahren an die Studenten wesentlich höhere Anforderungen stellt, als das bisherige Entwerfen oder das Entgegennehmen der üblichen Vorlesungen. Das ist zweifellos der Fall und soll es auch sein. Demgegenüber steht aber auch die Tatsache, daß der Leiter des Seminars und seine Hilfe ebensoviel mehr in Anspruch genommen werden. Ebenso wenig wie jetzt eine fertige Weisheit in mehr oder weniger großen Dosen verabreicht wird, ebenso sehr muß von dem Leiter an der Zusammenfassung der Arbeit zu einem das Ganze umfassenden Resultat gearbeitet werden, und zwar um so mehr, als ihm selber das Resultat nicht bekannt ist, ja auch nicht bekannt sein darf, wenn diese Arbeit nicht ihren Sinn verlieren soll. Es ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer ganz anderen Art von Besichtigungen als bisher, des Hinzuziehens von Fachleuten, die eben gerade über diese und jene bestimmte Frage Auskunft geben können und dergleichen mehr. Vor allem aber wird es die Sorge des Leiters sein, jeden Teilnehmer möglichst in jedem Stadium der Arbeit über den Stand der Arbeiten der übrigen Teilnehmer zu unterrichten, sie durch dauerndes Anhören von Berichten, Ansehen von Zeichnungen zur Meinungsäußerung anzuregen mit dem Ziel, daß die notwendige Spezialisierung durch den Überblick über das Ganze ausgeglichen wird. Daß also wie bei dem scharfgeschliffenen Prisma die Klarheit und Deutlichkeit der einzelnen Farben nicht den Blick für die Schönheit und Harmonie der gesamten Farbenskala beeinflusst, sondern ihn erst schärft. —

# UMBAU DES BANKHAUSES S. BLEICHRÖDER—GEBR. ARNHOLD IN BERLIN

ARCHITEKT BDA EMIL SCHUSTER, BERLIN-DAHLEM • 7 ABBILDUNGEN



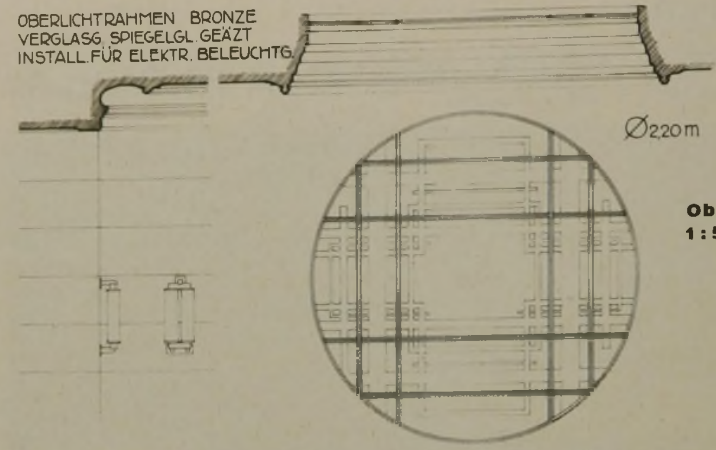
Kundenraum der Kassenhalle

Fotos Leonard, Berlin

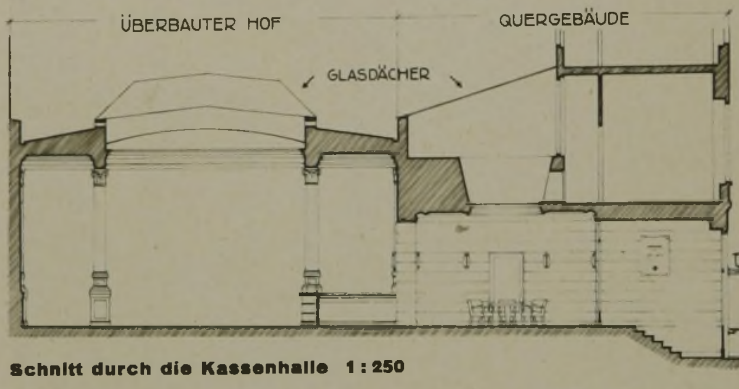


Kassenraum vor dem Umbau

OBERLICHTRAHMEN BRONZE  
VERGLASG. SPIEGELGL. GEÄZT  
INSTALL. FÜR ELEKTR. BELEUCHTG.



**Oberlicht  
1:50**

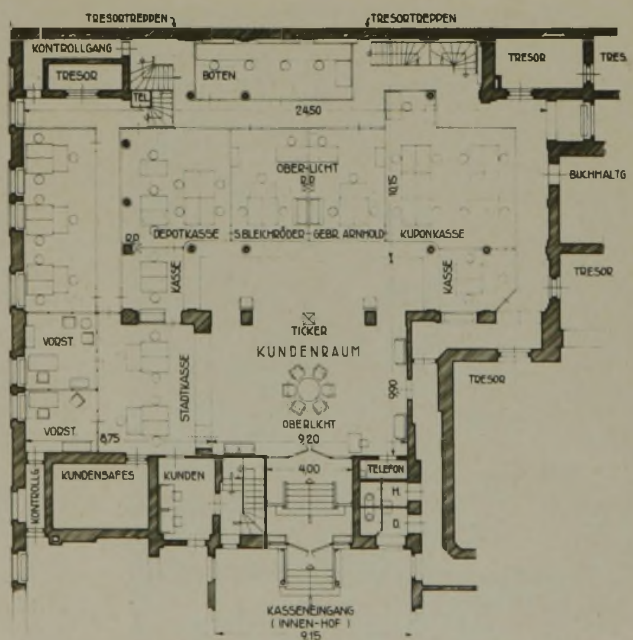


**Schnitt durch die Kassenhalle 1:250**

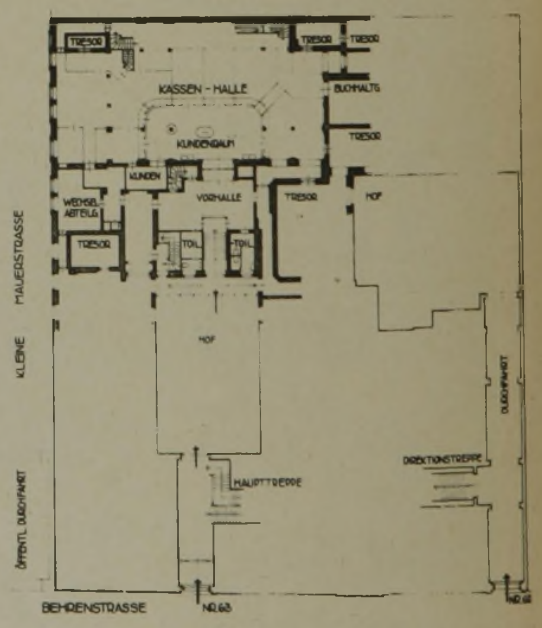
bekanntem Bankhäuser S. Bleichröder und Gebrüder Arnhold, Dresden-Berlin, in den Häusern Behrenstraße 62/63. In diesen waren bislang die Hauptkasse und die Büros von S. Bleichröder untergebracht, während die zugehörige sogenannte Stadtkasse Unter den Linden lag. Gebr. Arnhold, deren Stammhaus sich in Dresden befindet, führten ihr Berliner Geschäft in ihrem Haus in der Französischen Straße. Es lag nun die Aufgabe vor, sämtliche Kassen und Büros beider Banken in den Häusern in der Behrenstraße unterzubringen.

Technisch und architektonisch interessiert die gelungene Zusammenlegung sämtlicher Kassen in einen großen gemeinschaftlichen Kassenraum, der durch bedeutende Erweiterung des Vorhandenen erzielt wurde. In den beiden Grundrissen ist der Zustand vor und nach dem Umbau

Um den Zeitverhältnissen gerecht zu werden, mußte die gesamte deutsche Wirtschaft, so auch das Bankgewerbe, ihre Betriebe in möglichst rationeller Weise umgestalten. Sowohl Groß- wie Privatbanken sind zusammengelegt worden, was vielfach zu interessanten Bauaufgaben führte. Ein Beispiel hierfür ist die Vereinigung der beiden gegenübergestellt. Hinter einem kleinen Vestibül liegt der neu entstandene Kundenraum, geräumig und vorzüglich belichtet, um den sich die Hauptkassen beider Bankgeschäfte, die gemeinschaftlichen Kupon- und Depotkassen, die Stadtkasse und eine solche zu besonderer Verwendung gruppieren. Die Kassenräume selbst liegen nun



**Kassenhalle nach dem Umbau 1:350**



**Situation mit Kassenhalle vor dem Umbau 1:700**

**UMBAU DES BANKHAUSES S. BLEICHRÖDER-GEBR. ARNHOLD IN BERLIN  
ARCHITEKT BDA EMIL SCHUSTER, BERLIN**

**UMBAU DES  
BANKHAUSES  
BLEICHRÖDER —  
GEBR. ARNHOLD  
IN BERLIN**

**ARCHITEKT BDA  
EMIL SCHUSTER  
BERLIN-DAHLEM**



**Eingang zur neuen  
Kassenhalle**

in günstiger Verbindung untereinander und zu den anschließenden Räumen der Buchhaltung, zu den Tresors, Stahlkammern, Kundensafes, zu den Boten, Börsenbüros usw.

Die Formbehandlung der Erweiterung der Kassenhalle war schwierig, da die alte Kasse wenig ansprechend war und keine Mittel zur Veränderung dieses Raumes bewilligt waren. Architekt Schuster bewies hier besonderes Gefühl dadurch, daß er durch Anstrich und geringfügige Demontage einzelner häßlicher Dekorationsteile den unschönen Eindruck der Halle milderte und in schlichtester Weise den hinzugekommenen Kundenraum angliederte. Der Innenraum hat sich im Kundenverkehr als übersichtlich und klar erwiesen, und die Parallelität der Kassen der beiden verschiedenen Firmen muß banktechnisch als gelungen bezeichnet werden.

Die Ausstattung wurde mit einfachen Mitteln,

den Zeitverhältnissen entsprechend, aber gediegen aus echten Materialien hergestellt.

Es wurden folgende Materialien verwendet: Außentreppe Kirchheimer Kalkstein, Handlauf und Laternen in Eisen handgeschmiedet; Vestibültreppe und -Fußboden heller deutscher Travertin, Geländer mit Handlauf Bronze. Alle Holzteile wie Windfänge, Türen, Heizkörperverkleidungen, Kassentisch und Möbel in dunkel gebeiztem Eichenholz; Wände Gipsglättputz mit Emaillefarbe gestrichen; Pfeiler, Pilaster und Wandsockel heller Travertin geschliffen und poliert; Beleuchtungskörper und rundes Oberlicht im Kundenraum Bronze, letzteres mit geätztem Spiegelglas auch als Hauptlichtquelle für künstliche Beleuchtung installiert. Der Fußboden im Kundenraum erhielt einen Belag aus Gummi in Elfenbeinton mit dunkelgrünen Friesen. —

Dipl.-Ing. Leopold Kuhlmann.

# STAATLICHES KURHOTEL IN BAD SCHWALBACH

ARCHITEKT: PROFESSOR DR. H. C. WILHELM KREIS, DRESDEN • 16 ABBILDUNGEN



Vorfahrtseite

Fotos Dr. Paul Wolff, Frankfurt a. M.

Der Entwurf zu dem im Sommer 1931 in Betrieb genommenen neuen Kurhotel, das wie die gesamte Badeanlage zum Staatsdomänenbetrieb gehört, ist aus einem engeren Wettbewerb hervorgegangen, den das preußische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten auf Anregung des preußischen Finanzministeriums im Winter 1928 ausgeschrieben hatte. Die Baustelle liegt, wie der Lageplan auf S. 269 zeigt, am Eingang eines verhältnismäßig engen, überaus schön bewaldeten Tales, das unmittelbar an dem Ortskern anschließt und in sanftem Bogen in der Hauptrichtung Nordost, Südwest bis Süd sich ins Gebirge hineinzieht. Der Talanfang, gegenüber der rasch ansteigenden Neu- und Brunnenstraße stark vertieft liegend, ist mit dem aus der Mitte

des vorigen Jahrhunderts stammenden eigentlichen Badehaus und dem etwa gleich alten Hotel Allelsaal besetzt. Während das Badehaus im Innern vollständig neu hergerichtet ist, befindet sich das alte Hotel in ziemlich desolatem Zustand, ganz abgesehen von der Unzulänglichkeit seiner Einrichtung. Der ursprünglich verfolgte Gedanke, an seiner Stelle den Neubau erstehen zu lassen, ist fallen gelassen worden aus der Erwägung, daß ein derartiges an der belebten Verkehrsstraße nach Wiesbaden gelegenes „Stadthotel“ wohl für Durchreisende, nicht aber für Gäste geeignet sei, die in längerem Kuraufenthalt Erholung suchen. So hatte das Preisgericht beim Wettbewerb grundsätzlich nur solche Entwürfe ausgezeichnet, die das Hotel in





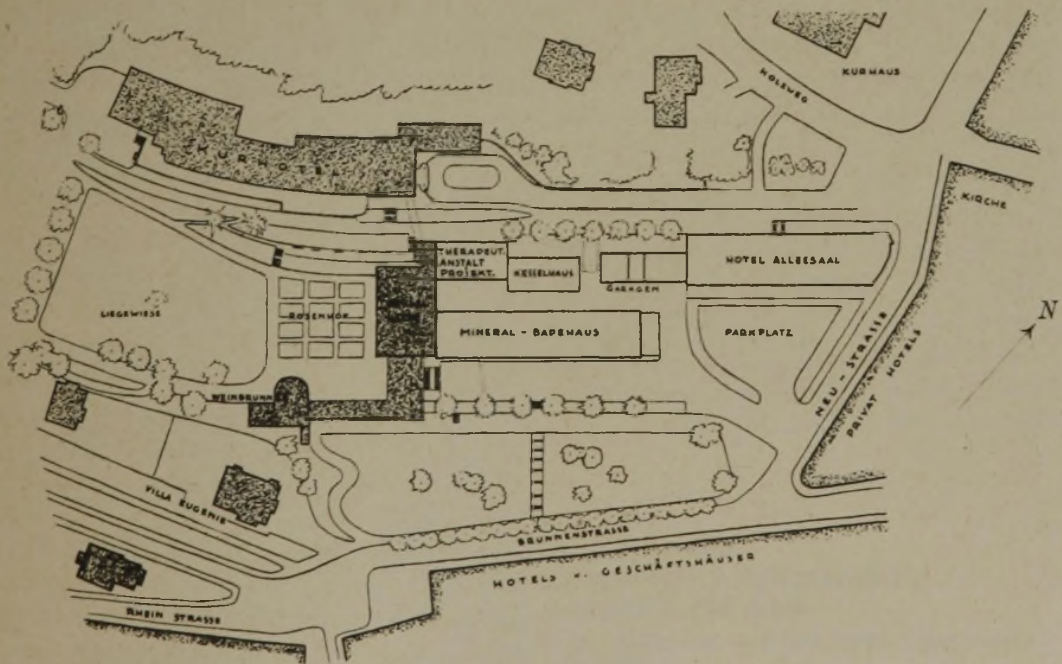
Parkseite des Hotels, Kopfbau

das Talinnere verlegten, südwestlich vom Badehaus also, mit dem es benutzungsmäßig in Verbindung zu bringen war. Außerdem war im Zusammenhang mit dem Badehaus vorgesehen eine geschlossene heizbare und eine offene Wandelhalle, ferner eine therapeutische Anstalt. Dies Programm hatte im Wettbewerb zwei typische Lösungen gefunden. Die eine stellte den Hotelbau quer als Abschluß des Tales und schuf eine hofartige Verbindung mit dem alten Badehaus. Diese Lösung, die an sich große städtebauliche Reize hatte, wurde bei der Auftrags-

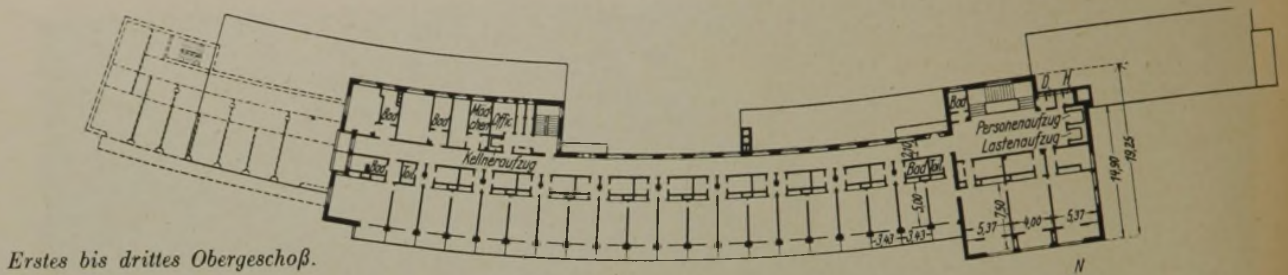
erteilung verlassen zugunsten des zweiten Typs, der wie der ausgeführte Bau das Hotel in lockerer Verbindung mit dem Altbau an den nordwestlichen Hang rückt. Ausschlaggebend für diese Entscheidung waren schließlich quelltechnische Erwägungen, da die Gründung eines solchen quer im Tal stehenden Baues gefährlich für den unbehinderten Quellzufluß werden konnte.

Professor Kreis, der auf Grund seines Wettbewerbsentwurfs nach diesem zweiten Typ den Ausführungsauftrag erhielt, machte die Tal-

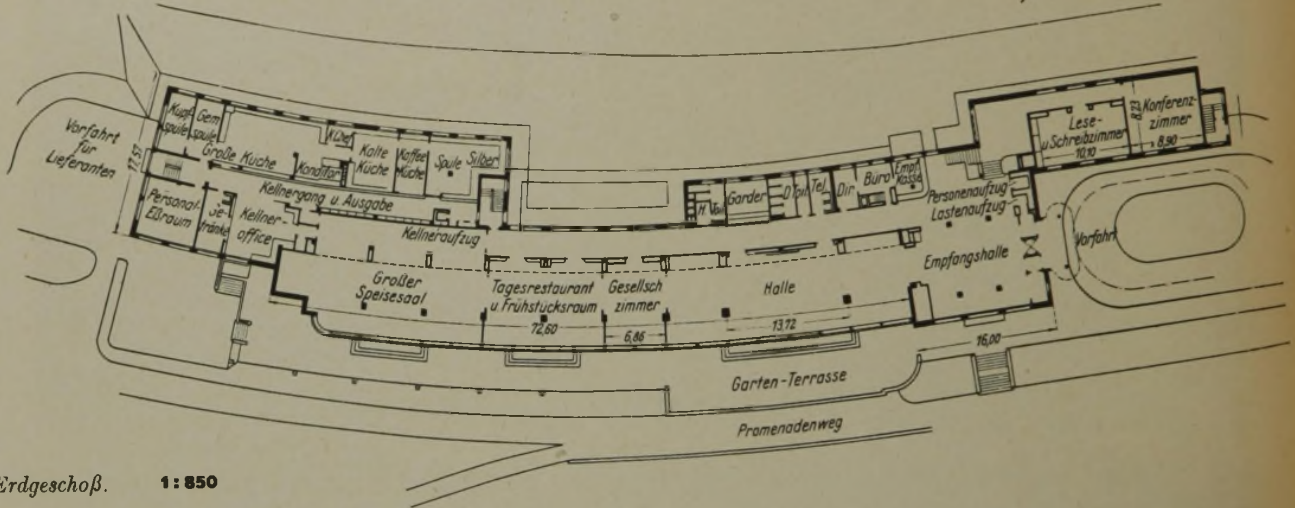
**STAATL.  
KURHOTEL  
IN BAD  
SCHWAL-  
BACH  
ARCHITEKT  
PROF. DR.  
W. KREIS  
DRESDEN**



Lageplan  
1 : 2500



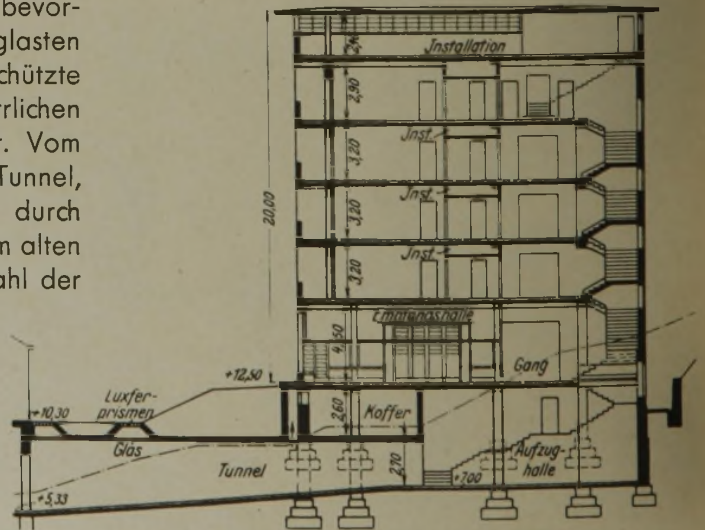
Erstes bis drittes Obergeschoß.



Erdgeschoß. 1:850

biegung zur Ausgangsüberlegung der Gesamtgestaltung. Der eigentliche Hotelflügel folgt der nach Süden zu ziehenden Talkkurve und gibt damit Gelegenheit zu einer weit in Glasflächen geöffneten sehr charakteristischen Hotelzimmerfront, die ein Höchstmaß von Sonne in die Zimmer und vor allem auf die in ganzer Länge vorgelagerten Balkone bringt. Nach der Stadtseite zu wird dieser Flügel abgeschlossen durch einen um ein Geschloß höher geführten, im Grundriß quadratischen „Repräsentationstrakt“, der, vom Haupteingang zugänglich, die Empfangsräume und das Haupttreppenhaus enthält. In den Obergeschossen liegen einige besonders bevorzugte Zimmer und Zimmergruppen mit verglasten Loggien. Das Dach ist als windgeschützte Sommerterrasse ausgebildet, die einen herrlichen Rundblick in die Gebirgslandschaft freigibt. Vom Keller dieses Traktes aus verbindet ein Tunnel, unmittelbar auch für Krankenfahrstühle durch einen Aufzug erreichbar, das Hotel mit dem alten Badehaus, das allerdings von der Mehrzahl der Gäste zu Fuß aufgesucht wird.

Die allgemeinen Gasträume des Hotels (Halle, Gesellschaftszimmer, Tagesrestaurant und Frühstückszimmer, Speisesaal) liegen im Erdgeschoß des gebogenen Hotelflügels vor einem Bedienungsgang, der zu den eigentlichen Wirtschaftsräumen führt, die in einem eingeschossigen Anbau untergebracht sind. Wirtschaftsfahrzeuge können an ihn auf einer Fahrstraße am Fuß des Nordwesthanges des Tales ohne Störung des Kurbetriebes herankommen. Dem Wirtschaftsverkehr dient eine besondere Wirtschaftstreppe, die als notwendige Treppe vom Keller bis zum Dach durchgeführt ist und neben dem hier an-



Querschnitt durch die Empfangshalle. M. 1:400.

**STAATLICHES KURHOTEL IN  
BAD SCHWALBACH**

ARCHITEKT: PROF. DR. H. C. WILHELM KREIS  
DRESDEN

**STAATLICHES KURHOTEL IN  
BAD SCHWALBACH**  
ARCHITEKT PROFESSOR DR. H. C.  
WILHELM KREIS, DRESDEN



**Gesellschaftszimmer**



**Treppenhaus**



Empfangshalle

**STAATLICHES KURHOTEL IN BAD SCHWALBACH**  
**ARCHITEKT: PROFESSOR DR. H. C. WILHELM KREIS, DRESDEN**



Gastzimmer (Doppelzimmer)

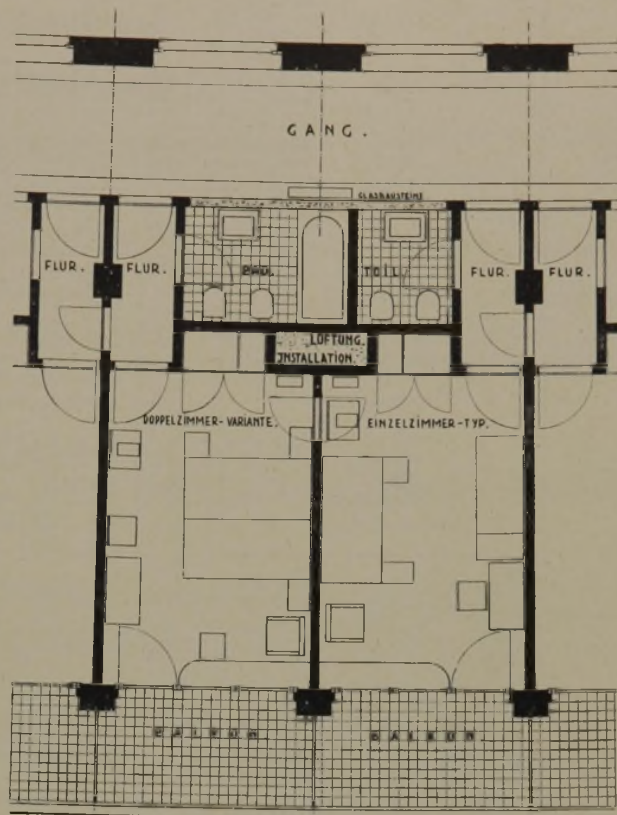
geordneten Kelleraufzug die Wirtschaftsräume des Hotels mit den Officeräumen der Hotelgeschosse verbindet. An dieser Wirtschaftstreppe liegen auch die Personaltoiletten.

Das Hotel besitzt 57 Einzelzimmer und 21 Doppelzimmer mit Balkon oder Loggia. Jedes zweite Einbettzimmer und alle Zweibettzimmer haben Privatbad, alle übrigen Einbettzimmer ein geräumiges Waschkabinett mit Bidet, Klosett und Waschoilette. Die Anordnung ist in allen Geschossen gleich und so getroffen, daß die Zusammenfassung jeder beliebigen Zahl zu einer Wohnraumgruppe möglich ist. Die Bäder- und Waschräume liegen zwischen den Zimmern und dem Flur an einem besonderen kleinen Vorraum und werden mechanisch be- und entlüftet. Über die Einzelheiten geben die auf S. 273 abgebildeten Grundrißzeichnungen eines typischen Zimmers Auskunft.

Der ganze Bau ist ausgerüstet mit einer neuzeitlichen elektrischen Lichtsignalanlage nach dem Einfarbensystem, bestehend aus dem Hotellichtruf für Zimmermädchen, dem Kellnerlichtruf, dem Kellnerbedienungslichtruf zum Herbeiruf der Kellner in die Gesellschaftsräume. Eine Fernsprechzentrale vermittelt jedem Gastzimmer die Möglichkeit, nach außerhalb zu sprechen. Eine elektrische Uhrenanlage sowie Fernmelde-, Klingel- und Radioanlage vervollständigen die Nachrichtenvermittlung.

Über die konstruktive Durchbildung als Eisenbetonskelett unterrichtet die nachstehende Darstellung. Die nichttragenden Trennwände sind aus zwei Schichten Heraklithplatten mit Dachpappeneinlage auf Korkplatten aufgebaut. Die Decken über den Hotelzimmern und über den Gesellschafts- und Wirtschaftsräumen im Erdgeschoß haben eine Schallisierung durch 2 cm starke Telamatte, Pappabdeckung mit verklebten Fugen, darüber 2,5 cm starke Sandaufschüttung mit 3 cm starkem Gipsestrich. Durch Korklinoleum als Fußbodenbelag in den Hotelzimmern wurde die Schallisierung noch verstärkt. Auch auf eine sehr sorgfältige Vermeidung von Schallübertrag durch die zahlreichen Rohrleitungen wurde Bedacht genommen.

Die äußeren Fassadenflächen sind weiß geputzt, Sockel, Terrasse und Vorbau der Gesellschaftsräume und die Stirnflächen der Balkone sind in Basaltplittvorsatz ausgeführt. Die nicht begehbaren flachen Massivdächer haben über dem Korkplattenwärmeschutz und Gefällbeton eine Dachhaut aus zwei Tropicalgewebelagen, Anstrich mit Tropicalklebemasse und Perlkies-



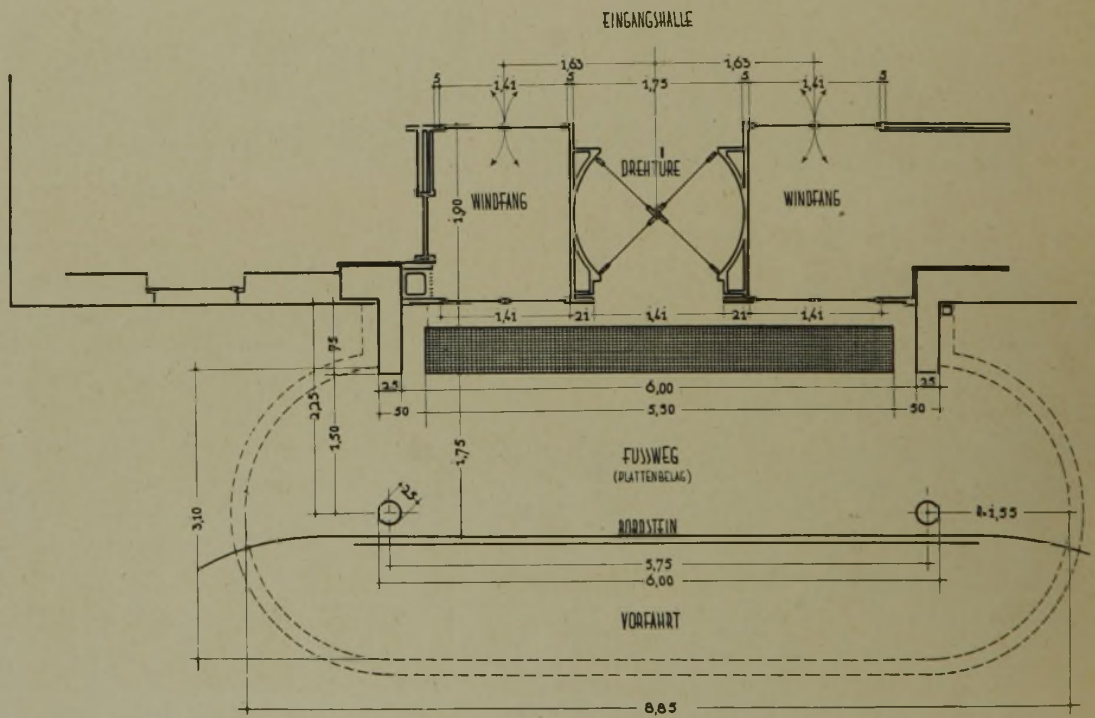
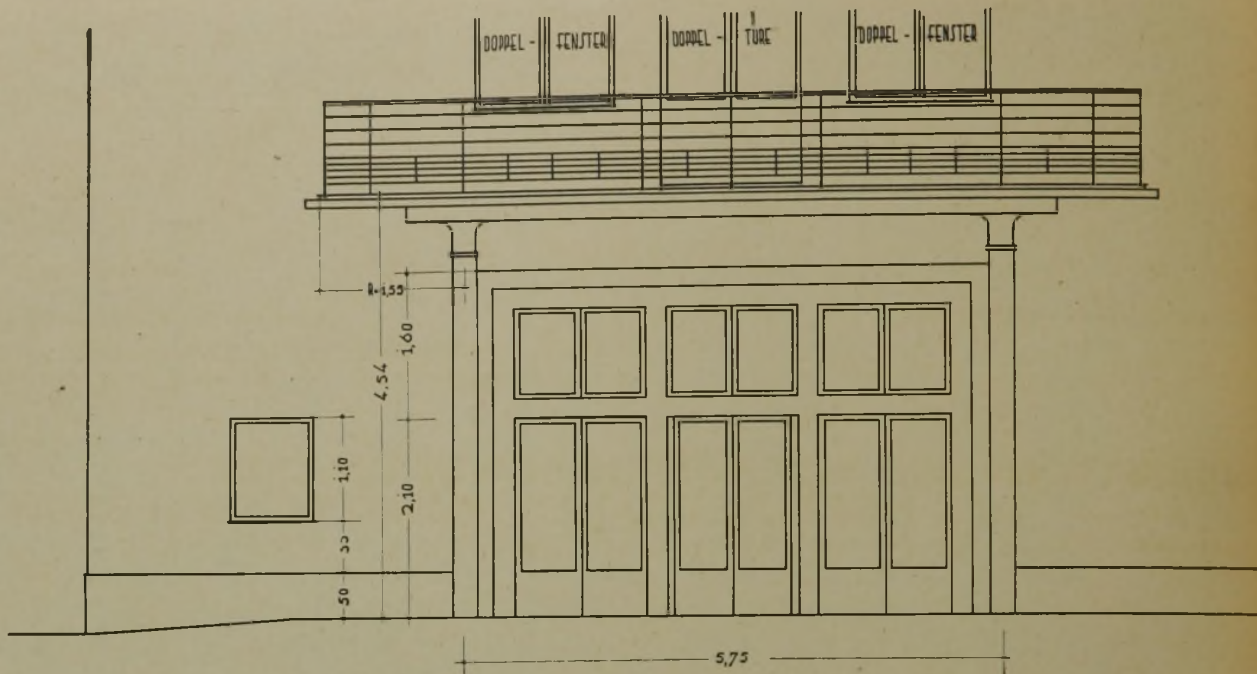
Grundriß der Zimmertypen

1 : 120

schicht. Die schräge Dachfläche über dem gekrümmten Hotelzimmerflügel ist mit Schiefer gedeckt. Die Erwärmung besorgt eine Warmwasserheizung mit weitgehender Unterteilmöglichkeit, um der wechselnden Belegungsstärke möglichst wirtschaftlich zu genügen. Für die Lüftung sind insgesamt acht Ventilatoren eingebaut, und zwar drei im Keller, davon zwei für Zuluft und einer für Umluft, sowie fünf für Abluft im Dachgeschoß in gemeinsamer Kammer.

Die Innenausstattung ist einfach und möglichst hell gehalten. Es wurden durchweg deutsche Baustoffe verwandt, insbesondere deutsches Holz mit bestem künstlerischen und praktischen Erfolg.

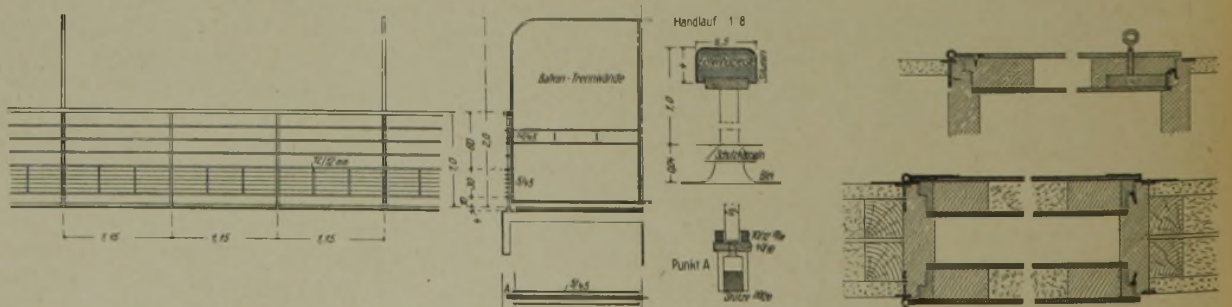
Die Baukosten betragen rund 2 200 000 RM, davon 184 500 RM für Nebenanlagen und 420 000 RM für innere Einrichtung. Die Bauleitung erfolgte unter Aufsicht des preuß. Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten (Ministerialrat I m a n d) und der Regierung in Wiesbaden (Regierungs- und Baurat B i r k) bei künstlerischer Mitwirkung von Prof. Dr. Kreis-Dresden durch das preuß. Hochbauamt in Wiesbaden (Regierungsbaurat G r ü n, dem zur örtlichen Bauleitung Regierungsbaumeister R a t h k e beigegeben war). —



Haupteingang mit Balkonanlage

1 : 80

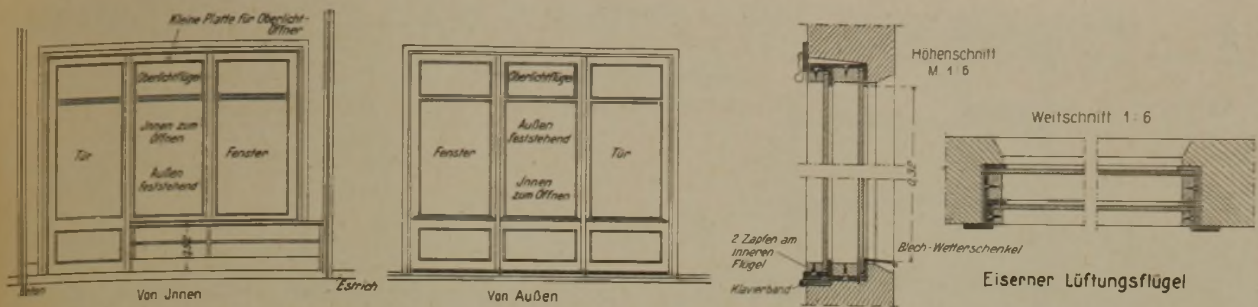
Ansicht und Grundriß



Balkongeländer, Vorder- und Seitenansicht 1 : 80

Doppeltapentür Schnitte 1:10

STAATLICHES KURHOTEL IN BAD SCHWALBACH  
 ARCHITEKT PROFESSOR DR. H. C. WILHELM KREIS, DRESDEN



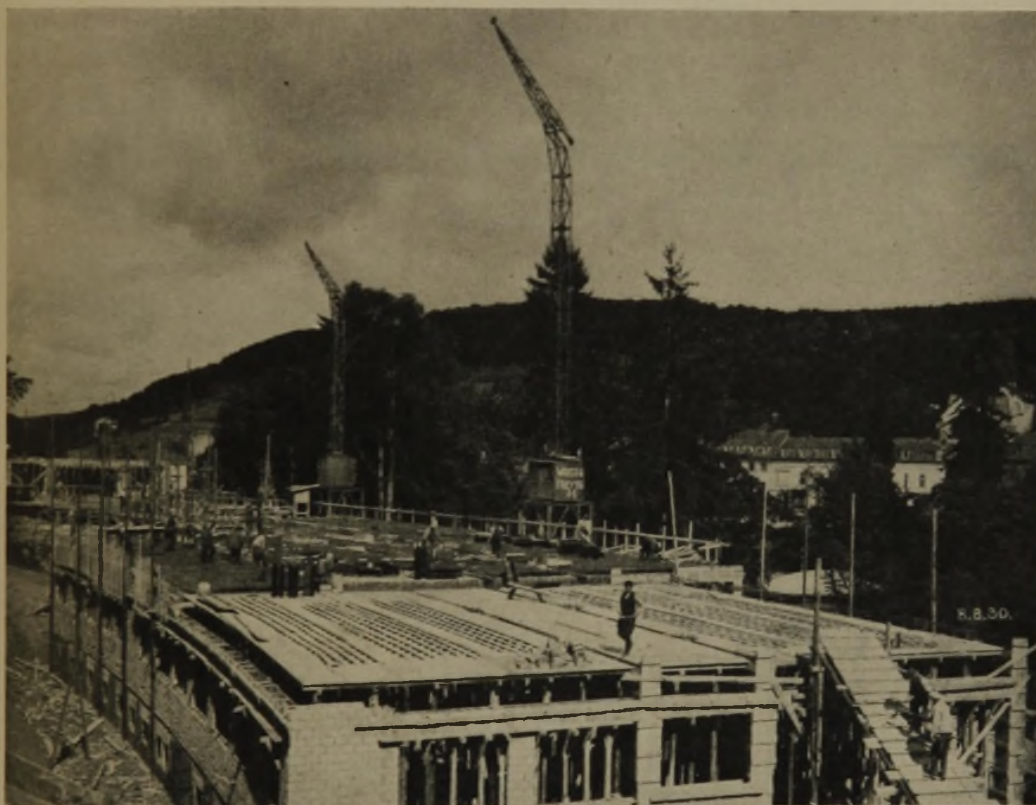
Balkonfenster mit Tür 1:80

Einzelheiten der Balkonfenster

STAATLICHES KURHOTEL IN BAD SCHWALBACH  
 ARCHITEKT PROFESSOR DR. H. C. WILHELM KREIS, DRESDEN

## DIE BETON- UND EISENBETONKONSTRUKTION DES HOTELNEUBAUES IN BAD SCHWALBACH

VON DIREKTOR KNORR, A.-G. WAYSS & FREYTAG, NIEDERL. FRANKFURT A. M. • 4 ABBILDUNGEN



Ausführung des Neubaus in Eisenbetonkonstruktion

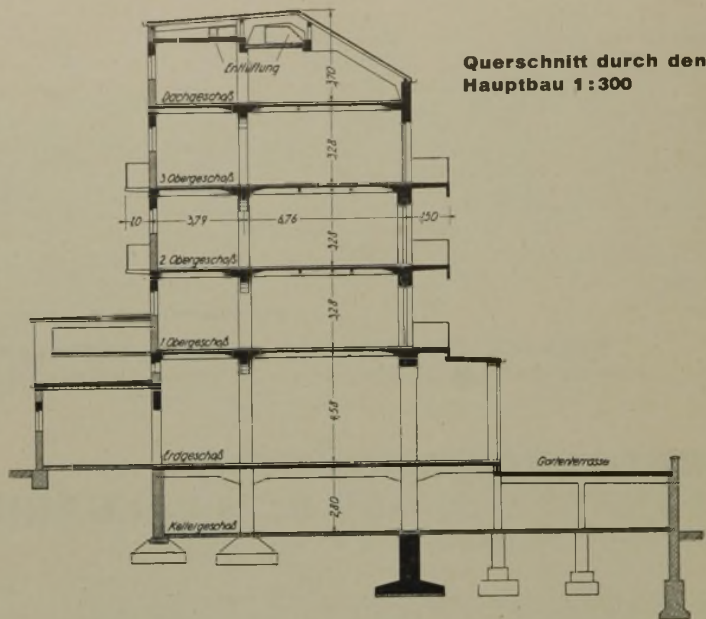
1

Der Hotelneubau wurde als Eisenbetonskelettbau ausgeführt, weil sich die Konstruktion und das Angebot der Firma Wayß & Freytag A. G., Niederlassung Frankfurt a. M., bei schärfstem Konkurrenzkampf mit anderen Eisenbeton- und Eisenbaufirmen als am wirtschaftlichsten und zweckmäßigsten erwiesen hatte.

Auf Vorschlag der Firma wurde für sämtliche Geschoßdecken, ausgenommen die Kellerdecke, eine Rippenhohldecke zur Ausführung gebracht, die große Vorzüge in bezug auf Schallsolierung gegenüber einer Massivdecke aufweist, da die Unterdecke durch Auflagerhölzer unter den Rippen von der Eisenbetonkonstruktion getrennt ist (Abb. a. f. S.). Sie hatte weiterhin den großen Vorteil, daß sie senkrecht zur Längsrichtung des Baues (Vorschlag

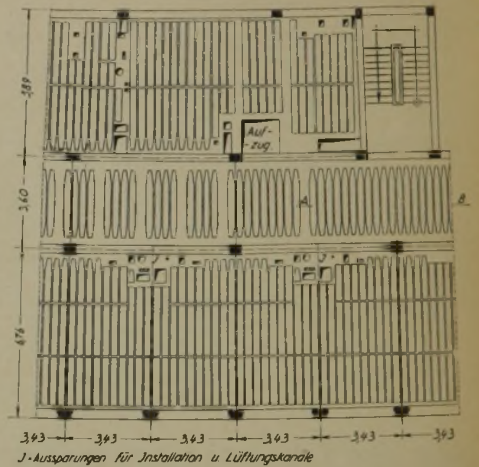
der Firma Wayß & Freytag A. G.) kontinuierlich über die Längsträger hinweg gespannt werden konnte (Abb. 2 u. 3). Dadurch fielen alle Deckenträger fort und man war in der Stellung und Stärke der Querwände völlig ungebunden. Die Deckenträger quer zum Bau hätten vor allem im Hinblick auf die Schubspannungen und die bauseitig vorgeschriebene Höhe der Längsträger architektonisch sehr unerwünschte Abmessungen erhalten. Durch die quergespannte Rippenhohldecke wurde es auch möglich, die Balkonplatte kontinuierlich mit derselben konstruktiv und statisch einwandfrei auszubilden. Die Kellerdecke wurde als Plattenbalkendecke über senkrecht zur Längsrichtung des Baues liegenden Trägern ausgebildet.

2



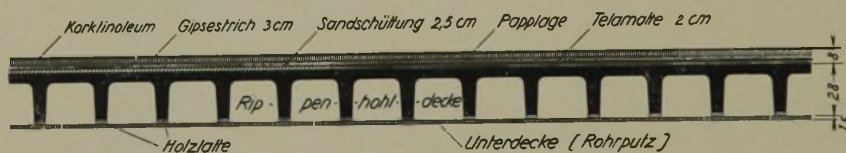
Querschnitt durch den Hauptbau 1:300

3



Decken-Untersicht im südwestl. Bauteil 1:300 (Die dargestellten Rippen sind durch die Unterdecke unsichtbar)

4



Querschnitt nach A - B der Abb. 3 durch die Rippendecke 1:40

Durch die architektonische Anordnung fehlte in der Halle im Erdgeschoß eine tragende Säule in der Vorderfront, so daß dort eine Öffnung in doppelter Achsweite von insgesamt 13,72 m zu überbrücken war. Auf diese Spannweite mußte die ganze Gebäudefront abgefangen werden, was durch Anordnung entsprechender Träger, die jeweils die Last ihres Geschosses aufzunehmen hatten, erreicht wurde. (Vgl. Abb. 2 rechts.) Erschwerend kam hinzu, daß für den entsprechenden Träger im Erdgeschoß nur eine sehr beschränkte Konstruktionshöhe zur Verfügung stand und außerdem, wie bei allen sichtbaren Trägern, keine Vouten zugelassen waren.

Bei der großen Länge des Baues hat die Firma Wayß & Freytag A. G. die Anordnung von drei Dehnungsfugen vorgeschlagen, die im Einvernehmen mit der Bauleitung in statisch und architektonisch einwandfreier Weise ausgebildet wurden. Es wurden jeweils Doppelsäulen angeordnet und durch Verzahnungen in der Deckenplatte ein gegenseitiges Zusammenwirken der Bauteile bei Windbeanspruchungen erzielt.

Beim Aushub für die Fundamente wurde gegen die Bergseite zu fester Fels, gegen die Talseite zu jedoch Mergel und leittiger Boden von beträchtlich geringerer Tragfähigkeit angetroffen. Die Firma Wayß & Freytag A. G. schlug deshalb nach eingehenden örtlichen Besprechungen die Ausführung von Eisenbetonfundamenten an Stelle der bauseitig vorgesehenen Stampfbetonfundamente vor. Dadurch wurden einmal beim Aufsitzen auf Fels beträchtliche Aushubmassen gespart, andererseits erreichte man talseitig durch Anordnung eines kontinuierlichen Eisenbeton-Längsträgers mit verhältnismäßig großer Auflagerfläche, daß man unmittelbar auf den weniger tragfähigen Boden aufsitzen und die Mehr-

kosten für die wesentlich tiefere Gründung bei Stampfbeton-Einzelfundamenten vermeiden konnte.

Die Bodenpressungen unter den einzelnen Fundamenten wurden so gewählt, daß die Setzungen derselben möglichst gleich wurden. Die Bodenpressungen schwanken von 1,2 kg/cm<sup>2</sup> bei den talseitigen Fundamenten bis 4 kg/cm<sup>2</sup> bei den bergseitigen auf Fels aufliegenden Fundamenten. Durch die beschriebene Ausbildung und durch die weitere Anordnung von Quertrossen wurde erreicht, daß sämtliche Fundamente zu einem Gesamtsystem zusammengeschlossen wurden, was bei dem verhältnismäßig schlechten und verschiedenartigen Boden eine größere Sicherheit gegenüber Einzel-fundamenten aus Stampfbeton bedeutete.

Die Durchführung des Baues bereitete einige Schwierigkeiten, da der Abtransport und die Verarbeitung der Baustoffe nur an der einen Kopfseite des Baues möglich und der zur Verfügung stehende Raum für die Werkplätze außerordentlich gering war. Die Betonierung und der Transport der Schalung, der Rundeisenbewehrung, der Ausmauerungssteine, des Mörtels usw. erfolgte durch zwei Turmdrehkrane, die an der Vorderseite des Baues entlang fuhren. (Vgl. Abb. 1.) Erschwerend war weiter der Umstand, daß der gesamte Bau eine gekrümmte Form aufweist. (Vgl. den Gesamtgrundriß im Tiefdruckteil dieser Nr.) Das erforderte für die konstruktive Durchbildung und die örtliche Ausführung ein besonders hohes Maß von Sorgfalt und Genauigkeit.

Trotz der Schwierigkeiten, die in den örtlichen Verhältnissen und der architektonischen Ausbildung bedingt waren, hat die Firma Wayß & Freytag A. G. den Rohbau 31 Tage vor dem festgesetzten Termin fertiggestellt. —



# HEIMATSCHUTZ UND FRAGEN DER UMSIEDLUNG

VON DR. W. LINDNER, GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDES HEIMATSCHUTZ

Heimatschutz und Heimatpflege beziehen sich nicht nur auf das Bild der Heimat, sondern vor allem auf den Menschen, den bodenverwurzelten und den im Boden möglichst wieder zu verwurzelnden. Die ästhetischen Fragen bauen sich damit auf sozialen Forderungen auf. Sind also auch die letzteren, gerade im Hinblick auf die gegenwärtige Lage, die weitaus wichtigeren, so seien die ersteren als leichter überschaubar vorweggenommen. Folgendes grundsätzlich:

Der Heimatschutz pflegt die natürlich und geschichtlich gewordene Eigenart der deutschen Heimat. Er tritt ein für das Alte, soweit es wertvoll und lebensfähig ist. Er bekämpft die gedankenlose Anwendung alter Stilformen ebenso, wie Modetorheiten neuester Art. Er fordert ehrliche Sachlichkeit bei allem baulichen Gestalten. Er kämpft für gesundes Bauschaffen unter folgenden Gesichtspunkten:

Gebrauchszweck und Werkstoff bestimmen die Form. Gesetzmäßigkeit in Körper- und Raumgestaltung herrscht im Bauschaffen aller Zeiten und Völker. Rücksichtnahme auf die Umgebung ist wichtigste Voraussetzung bei allen baulichen Gestalten.

Das scheinen alles Selbstverständlichkeiten zu sein. Verfolgt man aber sorglich die Auswahl neuer baulicher Schöpfungen in manchen Fachzeitschriften, so läßt sich bedauerlicherweise feststellen, daß immer noch längst nicht all diese berufenen Mittler ihre naturgegebene Sendung erkannt haben, der notwendigen Synthese zwischen Altgewohntem und bereits bewährtem Neuen, zwischen Handwerk und industrieller Bauweise zu dienen. Als unsachlich muß es gelten, wenn Flachdächigkeit um jeden Preis, man muß sagen, einseitig poussiert wird, ehe die praktischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten verschiedener Deckungsarten geneigter Dächer — wo sie durchaus am Platze sind — erschöpft wurden. Mit Bedauern muß festgestellt werden, daß die bedenkliche Einseitigkeit auch ein Vorprogramm der für dieses Jahr geplanten Berliner Bauausstellung beeinflusst hat, nachdem die sogenannten Aufbau-Haustypen für die Umsiedlungsaufgaben im Umkreis der Großstädte nur fabrikatorisch am laufenden Band „auf Lager“ vorgesehen werden. Die Erkenntnis der allgemeinen Wirtschaftslage müßte vielmehr dazu führen, zum notwendigen Wettbewerb zwischen einfachster handwerklicher und fabrikatorischer Herstellung zuverlässiger Grundtypen anzuregen.

Die Not der Zeit wird zwangsläufig regelnd eingreifen. Aber unnötige Experimentiererei könnte erheblich abgekürzt werden, wenn endlich eine Sammlung der noch vielfach auseinander strebenden Kräfte erfolgte, wenn Verwaltung, Volkswirtschaftler, Landesplaner, Architektenschaft und Heimatschützer ihre wohlmeinenden Einzelabsichten auf ein Ziel hin vereinigten, eben wirklich sich der Sache und nicht der Ressort- oder Parteipolitik oder dem krassen Privategoismus zu verschreiben. Hierzu ist aber Erkenntnis der grundsätzlichen volkswirtschaftlichen Voraussetzungen erforderlich. Hierfür auch nur kürzeste Andeutungen:

Die Großstädte müssen, so hart es klingt, bei diesem Umsiedlungsvorgang gleichsam mit durchgeschleppt werden. Von der Schaffung von „Zusatznahrung“ und entsprechender Arbeitsstreckung in nennenswertem Umfang kann nicht die Rede sein. Außerst wichtig bleibt

gleichwohl das Bemühen, einer durch die Zeitereignisse überholten Großstadt-Wohnungspolitik durch Zuteilung von möglichst viel Schrebergartenland an geeignete gartenfreudige Arbeiter nachzuhelfen. Das wäre zugleich eine überaus wertvolle Möglichkeit, ein Exempel zu statuieren in Anbetracht der gerade jetzt grassierenden spekulativ-brutalen und unsachlichen Ausschachtung von Waldland, Seeufern usw., auf die leider bisher im allgemeinen die Landesplanung noch keinen heilsamen Einfluß auszuüben vermochte.

Ganz anders liegt es bei Mittel- und Kleinstädten herunter bis zu den Flecken mit einer von Handwerkern und Ackerbürgern stark durchsetzten Bevölkerung. Hier ist von jeher der wechselseitige Ausgleich zwischen mehr oder weniger Werkarbeit und halblandwirtschaftlicher Betätigung am Platze gewesen. Diesem Ausgleich für die nächsten Jahre und Jahrzehnte — denn von heute auf morgen läßt sich das alles nicht bewerkstelligen — behutsam und durchgreifend nachzuhelfen, ist eine Aufgabe, die sorglichster Untersuchungen bedarf.

Auf dem platten Lande kann und wird der Umsiedlungsvorgang zum Teil weit größere Ausmaße annehmen, wenn auch gewaltige Standortverschiebungen der Siedler, wie sie etwa bei riesigen Urbarmachungen von Heide und Moor in Betracht kämen, bis auf weiteres nicht in die Tat umsetzbar sind. Die Verdichtung der Landbevölkerung vorab in den ostdeutschen Grenzgebieten ist im Fluß, die ländlichen Siedlungsgesellschaften haben hier und anderwärts schon ausgezeichnete Schrittmacherdienste geleistet. Daß bei solcher Tätigkeit, als „Bauberater“, um an diesen ominösen Begriff zu erinnern, oder wie sonst brachliegende Kräfte der freien Architektenschaft einschaltbar sind, versteht sich von selbst. Aber wohlgemerkt nur solche, die durch die Praxis gewohnt sind, den wirtschaftlichen Gedanken entsprechend der Not in den Vordergrund zu stellen und dabei bereit und imstande sind, die klimatischen und sonstigen landschaftsgebundenen Vorbedingungen zu beachten und zu erfüllen.

\* \* \*

„Land ohne Not“ nennt Architekt Heilig seine kürzlich bei der Deutschen Landbuchhandlung erschienene, von den berufenen Stellen anerkannte und von vielen innerlichst Beteiligten bislang viel zu wenig beachtete Schrift über das Problem von Arbeitsstreckung und Zusatznahrung. Ihr Vorhandensein und ihr Bemühen um die Klärung der Grunderfordernisse zeigt dem Einsichtigen mit erschreckender Deutlichkeit, daß im allgemeinen der Gaul am verkehrten Ende aufgezäumt wird oder daß der eine nur an dieses, der andere an jenes Stück Zaumzeug denkt, und der Gaul kommt inzwischen herunter und kann keine Arbeit leisten. Dringend ist, zum Nutzen der Allgemeinheit, zu wünschen, daß diese Heiligsche Grundarbeit ihren baldigsten sinngemäßen Ausbau findet. In einer sonst anerkennenden Kritik ist ihr Sinn mißverstanden, so als redete sie einer Bolschewisierung unserer Umsiedlungspflichten das Wort. Sie ist eben nur der erste Schritt zu einer nationalen Planwirtschaft im Gegensatz zu der hinter uns liegenden „Planwirtschaft“ (d. i. einseitige Rationalisierung). Diesem ersten Schritt folgt ganz von selbst der weitere einer Individualisierung der Einzelaufgaben je nach Land-

schaft und sonstigen berechtigten Sonderbedürfnissen. Hierauf legt gerade auch ein wohlverstandener Heimatschutz zum Nutzen der Gesamtwirtschaft größten Wert. Denn trotz laufendem Band, trotz notwendigen Mitwirkens der zuständigen Industrien für neue Werkstoffe und Aufbauverfahren sind wir noch ein Land mit tausend

individuellen, sozialen, technischen, wirtschaftlichen Gegebenheiten, die hundertmal wichtiger sind als vorgefaßte Meinungen von Hitzköpfen und sonstigen Unberufenen. Wirtschaft, Wirtschaft, Horatio! Aber bitte nicht Gschafthuberei, sondern so, wie es Wirtschaft und Volkwohl wirklich selbst nötig haben! —

## DIE UMSTELLUNG IM SIEDLUNGSWESEN

VON DR. MARTIN PFANNSCHMIDT, BERLIN

Der diesjährige Lehrgang des Städtebauseminars der Technischen Hochschule zu Dresden am 4. bis 6. Februar stand unter dem Zeichen der „Umstellung im Siedlungswesen“, die sich zur Zeit mit reißender Schnelligkeit vollzieht. Seine Ergebnisse waren zum Teil richtunggebend und seien daher im folgenden kurz festgehalten:

In Anpassung an die veränderten Erwerbsverhältnisse und an die äußerste Beschränkung aller Geldmittel steht in der Folgezeit der Boden — seine zweckmäßige Auswahl, Aufteilung und Bebauung — im Vordergrund der zukünftigen Siedlungsmaßnahmen. Obwohl schon seit 1890 die damals erfundenen Kleinmotoren eine lockerere Verteilung der Gewerbe über das flache Land ermöglicht hätten, wurde über ein Menschenalter lang die gewerbliche Bevölkerung weiter in den Städten zusammengeballt. Erst die heutige Notlage zwingt zur Rückkehr aufs Land. In Zukunft müssen überhohe Auslandsschulden durch Ausfuhrüberschüsse abgetragen werden, die sich in einer weiteren Deflation auswirken. Erzielen lassen sich diese nur durch die Einschränkung der Einfuhr ausländischer Lebensmittel und durch ein niedriges Lohnniveau. Der innere Markt wird daher für inländische Lebensmittel verhältnismäßig kaufkräftig bleiben, während sich eine dauernde Schrumpfung der gewerblichen Erzeugung kaum vermeiden läßt.

Der vorstädtischen Kleinsiedlung und der bäuerlichen Siedlung fällt nunmehr die Aufgabe zu, die sinkenden Einnahmen aus gewerblicher Tätigkeit durch vermehrte Bodenerträge auszugleichen. Dauererwerbslose kommen als vorstädtische Siedler jedoch nicht in Frage, da diese zusätzlicher Einnahmen bedürfen. Ebenso wenig ist Dauerkrisengebieten, insbesondere solchen mit einseitiger gewerblicher Struktur, mit vorstädtischen Siedlungen allein geholfen. Für sie kommen in erster Linie Umsiedlungen in aufnahmefähigere Arbeitsmärkte in Frage. Die gegebenen Gebiete für die nebenberufliche Siedlung sind dagegen industrielle Gebiete mit vielseitigem gewerblichen Aufbau wie etwa das Land Sachsen, die auch bei schrumpfendem Arbeitsvolumen verhältnismäßig krisenfest bleiben und den Arbeitern bei Verbreiterung der Kurzschichtenarbeit auch in Zukunft einen ausreichenden Unterhalt gewähren können. Beide Siedlungsarten kommen in landwirtschaftlich-industriellen Mischgebieten in der Art Württembergs in Frage, die sich durch die größte Krisenfestigkeit auszeichnen, wogegen die rein landwirtschaftlichen Gebiete Ostdeutschlands ebenso stark unter wechselnden Marktkonjunktoren leiden wie die einseitig industriellen Gebiete. Sie sind durch bäuerliche und nebenberufliche Handwerkersiedlungen zu stärken und bilden bei starker Zuwanderungsmöglichkeit von West und Süd die Hauptgebiete der zukünftigen Binnenkolonisation.

Der planmäßige Wiederaufbau des Binnenmarktes, zu dem Deutschland bei rückgängigem Exportindustrialismus gezwungen ist, bietet so eine Fülle von Siedlungsaufgaben, die regional verschieden geartet sind und nicht schematisch gelöst werden können. Wenn in einem Antrag der sächsischen Arbeitsgemeinschaft der Freien Akademie für Städtebau ein einheitliches Wirtschafts- und Siedlungsprogramm und für dessen Durchführung ein Reichsamt für Siedlungsplanung gefordert wird, so wird auch eine derartige Stelle ihre Aufgaben am besten erfüllen, wenn sie sich auf eine zentrale Kartierung der verschiedenen Standortbedingungen der Siedlung beschränkt und im übrigen nach Kräften den Ausbau regionaler Wirtschaftsplanungen für Wirtschaftsgebiete fördert, die in ihrer Eigenart noch räumlich übersehen werden können.

Da die vorstädtischen und kleinbäuerlichen Siedlungen erdgebundener sind als der städtische Wohnungsbau, bedürfen sie einer verfeinerten Bodenanalyse, für die die Stremmeschen Kartierungen der Bodenarten und Bodenentstehungstypen von grundlegender Bedeutung sind. Sie ermöglichen nicht nur eine genaue Feststellung der natürlichen Ertragsverhältnisse und damit eine Umstellung der bisherigen Einheitsbewertungen, sondern bilden außerdem in Verbindung mit Kartierungen der Grundwasserverhältnisse, der nutzbaren Steine und Erden und anderer Merkmale eine Grundlage für die Bearbeitung zusammenhängender Pläne für Meliorationen, Wasserwirtschaft, Düngung, landwirtschaftliche Nutzung und Siedlung. Bei fachkundiger Aufstellung bilden diese Pläne damit die erste unentbehrliche Grundlage aller Planungen landwirtschaftlicher und vorstädtischer Siedlungen.

Die Planungen selbst müssen bei beiden Siedlungsarten im Zuschnitt der Parzellen und in den baulichen Anlagen weitgehend elastisch sein. Langsam zunehmende Leistungsfähigkeit des Siedlers, Geldmangel auf lange Zeit und unübersehbare Wandlungen der Erzeugungs- und Absatzverhältnisse bedingen in beiden Fällen billigste Bauten bei kleineren Landzulagen mit zusätzlichem Pachtland. Auch für die vorstädtischen Kleinsiedlungen sollen „Bodenwirtschaftspläne“ aufgestellt werden, um die Höchsterträge an Vorfrucht, Hauptfrucht und Nachfrucht zu erzielen. — Da die Frage der Arbeitsbeschaffung zur Zeit wesentlicher ist als die Frage der Wohnungsbeschaffung, empfiehlt sich eine Beschränkung der Baustellengrößen in der Zahl der erstellten Bauten, um in geeignetem Zusammenwirken von technischer Leitung, Bauunternehmern, Selbsthilfe und Arbeitsdienst einen möglichst großen Teil der Bauarbeiten auf die Baustelle verlegen und dort billigere örtliche Baustoffe benutzen zu können. Für eine Vereinigung von Selbsthilfe und freiwilligem Arbeitsdienst bei Siedlungsbauten sind die gesetzlichen Unterlagen bereits geschaffen. Abänderungsbedürftig ist dagegen

die Bestimmung, daß die Arbeitslosenunterstützung bei bäuerlichen Siedlungen bereits nach einem Jahr eingestellt wird, da bei mindestens einjähriger Bauperiode in Selbsthilfe nach Ablauf des ersten Jahres noch keine Ernte zur Verfügung steht.

Bei ständig wachsendem Druck der Erwerbslosen wird die Westostsiedlung westdeutscher Bauernsöhne und sächsischer Handwerker nach dem menschenarmen Osten neben der Ansiedlung einheimischer Siedler immer mehr zu einem Massenproblem, das einer Verbreiterung der geldlosen Arbeitsorganisation und der Siedlerschulung bedarf. In der bäuerlichen Siedlung hat sich letztere bisher auf die technische Ausbildung der landgeeigneten Siedler und

Siedlerinnen beschränkt und wird in Zukunft durch eine berufspsychologische Umschulung städtischer Siedler zu erweitern sein. Einfacher liegen die Dinge bei der vorstädtischen Siedlung, in der erprobte Schrebergärtner als Siedler bevorzugt werden können und die Erwerbslosen dann zunächst in deren frei werdende Schrebergärten nachrücken, ein Etappenverfahren, durch das viel Enttäuschungen erspart werden können.

Die Anforderungen, die die bevorstehenden Siedlungsaufgaben an das Organisationsvermögen und an das Gemeinschaftsgefühl stellen, sind außerordentlich, aber nicht untragbar. Zeit, Maß und Erfolg der Umstellung in Siedlung und Wirtschaft werden von innere Erfüllung abhängen. —

## DAS BAUWESEN IM PREUSSISCHEN HAUSHALT 1932

Der Entwurf zum preuß. Staatshaushalt 1932 ist am 15. März d. J. im Plenum des preuß. Landtages vom Finanzminister vorgelegt und begründet worden. Er schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 3133 528 032 Reichsmark ab (792 820 440 RM. weniger als 1931). Das Gleichgewicht wird bekanntlich dadurch hergestellt, daß 100 Mill. RM Einnahmen von Beteiligungen des preuß. Staates an Siedlungs-Finanzierungsanstalten an das Reich veräußert werden sollen. Von den Ausgaben entfallen nur 129 413 800 RM (1931 noch 278,8 Mill. RM) auf einmalige Ausgaben und darin stecken Ausgaben für bauliche Zwecke in Höhe von 63,05 Mill. RM (1931 noch 198,8 Mill. RM)\*). Die Ausgaben für eigentliche Bauzwecke treten dabei — abgesehen von 44,6 Mill. RM, die das Ministerium für Volkswohlfahrt noch zur Förderung des Wohnungsbaues zur Verfügung stellt, stark zurück hinter den Aufgaben der Landesmelioration und Landgewinnung, des Ufer- und Hochwasserschutzes usw.

Die einmaligen Ausgaben verteilen sich wie folgt: 1. Bergverwaltung 70 000 RM, 2. Forstverwaltung 150 000 Reichsmark, 3. Finanzministerium 170 000 RM, 4. Allgemeine Finanzverwaltung 520 450 RM, 5. Domänenverwaltung 1 391 600 RM, 6. Justizverwaltung 1 875 000 RM, 7. Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung 2 059 650 RM, 8. Handels- und Gewerbeverwaltung 2 617 500 RM, 9. Min. d. Innern 3 660 000 RM, 10. Landwirtschaftl. Verwaltung 5 108 900 RM, 11. Min. f. Volkswohlfahrt 45 424 000 RM, zusammen 63 047 100 RM.

Im einzelnen sind folgende einmalige Ausgaben vorgesehen, wobei jedoch noch festgelegt ist, daß die Ausgaben nur im Einvernehmen mit dem Finanzminister nach Maßgabe der vorhandenen Barmittel erfolgen dürfen.

**1. Bergverwaltung.** Hier sind lediglich 10 000 RM für die Bergakademie Clausthal vorgesehen und 60 000 RM zur Erforschung des Landes durch Bohrungen.

**2. Forstverwaltung.** Die Mittel von 150 000 RM sind vorgesehen zu Beihilfen zur Schaffung von Vorflut. In einem Betrage von 1,62 Mill. RM zum Ankauf und erster Einrichtung von Forstgrundstücken sowie zur Vorberei-

tung solcher zum Verkauf stecken noch Beträge für Straßenbau, Entwässerung usw.

**3. Finanzministerium.** Hier sind nur 125 000 RM für den Bau des Reg.-Gebäudes in Oppeln, 45 000 RM für Zentralheizung im Schlosse Niederschönhausen vorgesehen.

**4. Allgemeine Finanzverwaltung.** Hier sind angesetzt 150 000 RM als Ergänzungsrate für das Behördenhaus in Glatz, 45 000 RM für den Umbau des ehem. kath. Waisenhauses in Bad Kreuznach zu einem Behördenhaus, ferner 113 000 RM zum Umbau staats-eigener Gebäude in Behördenhäuser in Goldberg, Goslar, Köln, 32 000 RM für eine gründliche Instandsetzung der Mohren-Kolonnaden in Berlin. Es sollen ferner 330 450 RM als Tilgungs- und Verzinsungsraten für die Kosten des Saalbaues bei der Krolloper in Berlin abgezahlt werden.

**5. Domänenverwaltung.** In dem Gesamtbetrag von 1,39 Mill. RM stecken als Hauptzahlen 400 000 RM für Landgewinnungsarbeiten in den Reg.-Bezirken Schleswig, Stade, Aurich, je 150 000 RM für die Erschließung staatlicher Moore in Schleswig-Holstein und Prov. Hannover und 180 000 RM für eine heizbare Wandelhalle in Bad Schwalbach, 450 000 Reichsmark für die weitere Aufteilung der Domäne Dahlem, Herstellung von Straßen usw. daselbst. Für Hochbauten und sonstige Wegebauten sind nur kleine Beträge vorgesehen.

**6. Justizverwaltung.** Im ganzen 1,875 Mill. RM. Davon sind im Bezirke des Kammergerichts 407 000 Reichsmark (Strafanstalt Brandenburg 200 000 RM, Land- und Amtsgericht Frankfurt a. d. O. 207 000 Reichsmark); Oberlandesgericht Breslau 425 000 RM (270 000 RM für Land- und Amtsgericht Breslau, 155 500 RM für Anschluß des Strafgefängnisses in Rattibor an die Kanalisation); O. L. G. Hamm 123 000 Reichsmark (Anschluß des Zellengefängnisses Herford an die Kanalisation); O. L. G. Kiel 39 000 RM (Heizungsanlage im Land- und Amtsgericht Kiel); O. L. G. Königsberg i. Pr. 800 000 RM (letzte Rate für die Justizneubauten in Königsberg); O. L. G. Stettin 80 000 RM (Wiederherstellungsarbeiten am Land- und Amtsgericht Stargard).

**7. Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.** Im ganzen 2,06 Mill. RM, davon nur 373 000 RM für Wissenschaft, 341 550 RM für Kunst, 1,264 Mill. RM für höhere Schulen, 80 000 RM für kirchliche Zwecke (20 000 RM für Unterhaltungs-

\*1) Der Haushaltsentwurf hat in den Sonderhaushalten von einer Reihe von Verwaltungen schon vor der Vorlage an den Landtag noch eine Kürzung in einer Reihe von Positionen erhalten, die sich bei den einmaligen Ausgaben auf 102,71 Mill. M. belaufen. Diese Abzüge sind aber nicht in den einzelnen Etats selbst angegeben, sondern nur in einer besonderen Zusammenstellung. Davon werden besonders die Ansätze für die baulichen Ausgaben betroffen. Die hier angegebenen Zahlen für diese sind bereits die berichtigten Zahlen.

arbeiten am Berliner Dom, 60 000 RM für den Kölner Dom); für die Universitätsbauten sind nur 224 500 RM ausgesetzt, da größere Posten für Königsberg und für die Klinikbauten in Berlin und Marburg stark zusammengestrichen sind; für die Technischen Hochschulen sind sogar nur 149 500 RM ausgeworfen (von denen ursprünglich für den Erweiterungsbau an der Hardenbergstraße in Berlin vorgesehenen 325 000 RM nur 69 000 RM, ferner kleinere Posten für Hannover und Aachen). Von den Beträgen für Kunstzwecke entfallen 60 000 RM auf die Heizungsanlagen im Berliner Museum, 150 000 RM (statt 280 000 RM) auf die Erhaltung der staatlichen Schlösser und Gärten, 116 200 Reichsmark auf Denkmalpflege. Von den Gesamtkosten für das höhere Schulwesen entfallen 225 000 RM auf das Gymnasium in Braunsberg, 200 000 RM desgl. in Ohlau, 141 000 RM auf das Reform-Realgymnasium in Reichenbach, 250 000 RM auf den Umbau der Gutenberg-Schule in Wiesbaden und 189 000 RM auf die Einrichtung früherer Lehrerbildungsanstalten zu Schulzwecken. Für das Volksschulwesen sind Beträge überhaupt nicht angesetzt.

**8. Handels- und Gewerbeverwaltung.** Im ganzen 2,62 Mill. RM, davon entfallen 167 000 RM auf gewerbl. Unterrichtswesen (162 000 RM Dienstgebäude Seefahrtsschule Altona; 225 000 RM für die Handels- und Gewerbeschule für Mädchen in Gladbach-Rheydt); für Häfen, Brücken, Fähren 603 000 Reichsmark (45 000 RM Hafen Oberlahnstein a. Rh., 55 000 RM für die Untersuchung von Brücken, 2500 RM für Eisenbetonversuche, 97 000 RM für den Ausbau des Fischereihafens Wesermünde, 60 000 RM desgl. Neukuhren, 219 000 RM zur Sicherung einer Kaimauer im Außenhafen von Emden); für Kleinbahnbauten 1,8 Mill. RM (300 000 RM Beihilfen für die ostpreuß. Kleinbahn A.-G., zur Beschaffung von Oberbau, 1,5 Mill. RM zur Förderung des Baues und der Unterhaltung von Kleinbahnen überhaupt). Erwähnt sei, daß zur Förderung der Luftschiffahrt 1,9 Mill. RM bereitgestellt werden und 131 600 RM Anteil für den Bau des Hauptbahnhofes in Königsberg i. Pr. zu zahlen sind.

**9. Ministerium des Innern** i. g. 3 666 000 RM. Davon für Baumaßnahmen für die Unterbringung der Polizei einschl. Familienwohnungen 3,61 Mill. RM, da-

von größere Raten für Berlin-Köpenick (400 000 Reichsmark), Berlin (360 000 RM) und 260 000 RM für Hauptinstandsetzung der Polizei-Krankenanstalt; Düsseldorf (625 000 RM Neubau Polizeipräsidium), Essen (550 000 RM), Kiel (450 000 RM), Waldenburg (275 000 RM) usw. Für Dienstgebäude der Landjägerei sind 50 000 RM ausgeworfen.

**10. Landwirtschaftliche Verwaltung** i. g. 5,11 Mill. RM, davon entfallen auf Wissenschaft, Forschung und Unterricht 95 000 RM, davon 47 000 RM für Instandsetzung der Bauten, namentlich der Gewächshäuser in Dahlem und 26 000 RM auf das Patholog. Institut usw. der Tierärztlichen Hochschule Berlin; der Rest von rund 4,9 Mill. RM entfällt auf Wasserversorgung, Landesmeliorationen (1,6 Mill. RM), Moor-, Deich-, Ufer- und Dünenwesen, 50 000 RM Schutzarbeiten an der Samlandküste, 227 700 RM für Arbeiten im Warthe-Netzbruch, 385 000 RM auf Regulierung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse der oberen und mittleren Oder, 163 000 RM, namentlich auf Uferschutzarbeiten in Schleswig-Holstein, 575 000 RM auf Entwässerung und Kultivierung der rechtsemsischen Moore, 900 000 RM auf die Ausführung des Westharztalesperrengesetzes, 180 000 RM auf Eindeichung im vom Hochwasser besonders bedrohten Gebiet der Rheinprovinz, 125 000 RM für Brückenbauten.

Der Entwurf des Staatshaushaltes sah ursprünglich 7,7 Mill. RM zur landwirtschaftlichen Siedlung vor, die aber abgesetzt sind, da das ganze Siedlungswesen an das Reich übergehen soll. Ebenso sind 6,5 Mill. RM wieder abgesetzt, die für die Fortsetzung der Arbeiten am Mittellandkanal bestimmt waren.

**11. Ministerium für Volkswohlfahrt.** Im ganzen 45 424 000 RM, davon 800 000 RM für Kanalisation und Wasserversorgung der Stadt Hindenburg, 44 624 000 Reichsmark zur Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens (im Entwurf waren ursprünglich 120,87 Mill. RM vorgesehen).

Die Bauwirtschaft, insbesondere der Hochbau, hat also nicht allzu viel aus staatlichen Aufträgen in diesen Jahren zu erwarten, um so weniger, als trotz der Zustimmung des Landtages zum Staatshaushalt für die Ausführung der vorgesehenen Arbeiten hier und da später doch die Mittel fehlen werden. — — Fr. E. —

## RECHTSAUSKÜNFT

**Arch. A. in R.** (Wechselforderung für Architektenhonorar im Konkurs.)

**Tatbestand und Frage.** Für das Resthonorar hat der Auftraggeber Wechsel gegeben, die nur zum Teil bezahlt sind trotz mehrfacher Mahnung. Jetzt ist das Konkursverfahren über das Vermögen des Auftraggebers eingeleitet. 1. Was ist zu unternehmen, um die Forderung zu retten? 2. Gilt diese als vorberechtigt? 3. Gegen wen ist zu klagen, Auftraggeber oder Konkursverwalter? 4. Hat eine Wechselklage noch Erfolg? 5. Kommt Dienst- oder Werkvertrag in Frage?

**Antwort:** Sie müssen Klage auf Zahlung der Wechselsumme, „im Wechselprozeß“ erheben, wodurch Sie zweifellos schnell ein Urteil in Höhe Ihrer Forderung erhalten werden, da Einwendungen gegen den Anspruch angesichts der durch die Wechselhingabe erfolgten Anerkennung wohl nicht bestehen und da jedenfalls das Verfahren im Wechselprozeß nur beschränkte Beweismöglichkeiten für Einwendungen des Beklagten gewährt.

Die Klage ist gegen den Bauherrn (nicht gegen den Zwangsverwalter) zu richten. Sie können aus dem Urteil — solange nicht ein Konkurs- oder Vergleichsverfahren über das Vermögen des Bauherrn eröffnet ist — in das gesamte bewegliche Vermögen des Bauherrn die Zwangsvollstreckung betreiben.

Bevorrechtigt ist die Forderung in keiner Weise; im Konkurs besteht nur der Anspruch auf die gewöhnliche Konkursquote; die Möglichkeit, ohne Urteil die Eintragung einer Sicherungshypothek auf das Baugrundstück zu erreichen (wie sie für Bauhandwerker durch § 648 BGB. gegeben ist), besteht für Architektenforderungen nicht.

Ob die Forderung eine solche aus Dienst- oder aus Werkvertrag ist, dürfte für die Durchführung Ihres Anspruchs bedeutungslos sein; die Planung wird vom Reichsgericht als Werkvertrag, die Oberleitung als Dienstvertrag angesehen.

Wenn Sie ein Urteil erlangt haben, können Sie (außer in das bewegliche Vermögen) auch in das Grundstück vollstrecken, indem Sie der bestehenden Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung beitreten. —

Rechtsanwalt Dr. Paul Glass, Berlin.